

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 3/6, und durch Subskription zu beziehen. Preis vierteljährlich 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen 2.50, frei im Haus 2.02, wo keine Post am Ort, 3.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Insertionsgebühren: beträgt für die einblättrige Zeitung für die ersten 10 Zeilen 25 Pfennige, für die folgenden 15 Pfennige, für die folgenden 10 Pfennige, für die folgenden 5 Pfennige. Inserate für die nächsten Nummern müssen bis Donnerstag 8 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 70.

Breslau, Donnerstag, den 23. März 1911

22. Jahrgang.

Der Antisemit gewählt.

Gießen, 21. März. Bei der Reichstagswahl im Wahlkreis Gießen-Grünberg-Nidda erhielten Oberlehrer Werner (Antisemit) 12.589, Frankensassen-Kontrollleur Bedmann (Soz.) 11.622 Stimmen. Werner ist somit gewählt!

Die liberale Wählerschaft hat nicht Stich gehalten. Die offene und klare Parole der „fortschrittlichen“ Wählerkomitees fand nur bei 3000 freisinnigen Wählern Beachtung. Die übrigen „Fortschrittler“ haben sie in den Wind geschlagen und sind in Gemeinschaft mit den Nationalliberalen zur Reaktion übergegangen, um dem überflüssigen Anhängel des blau-schwarzen Blocks, dem Antisemiten, ein Mandat zuzugewinnen. Denn bei der Hauptwahl hatten die beiden konkurrierenden Parteien ziemlich gleichviel Stimmen erhalten: der Sozialdemokrat 7976, der Antisemit 7958, und als ausschlaggebend standen zwischen ihnen 5059 fortschrittliche und 2511 nationalliberale Stimmen. Da die Wahlbeteiligung im Kreis noch um 600 Stimmen gestiegen ist, bleiben reichlich 3000 bürgerliche Stimmen, die zur Sozialdemokratie übergegangen sind, während alle anderen, nationalliberalen und fortschrittlichen, glatt zur Reaktion umschwanken.

Wir haben vor der Stichwahl bereits klar versichert, daß am Gießener Mandat das Herz der deutschen Sozialdemokratie nicht hängt, und doch bleibt diese Wahl ein politischer Skandal. In dem Augenblick, wo die blau-schwarze Reaktion den Liberalismus aufs erbärmlichste verhöhnt und mit Fußstapfen regaliert, in dem Augenblick, wo in Pommern der Fall Beder gespielt und die Konservativen ins nationalliberale Hannover einbrechen, wo Kosside und Erzberger diese Liberalen als „Kinder Israels“ bis aufs Blut reizen, schanden die Anhänger und Mitläufer dieser liberalen Parteien ihren erbittertesten Feind zu einem Mandat zu!

Es ist in erster Linie Sache des Liberalismus, sich über diese unglückliche Schwäche gegenüber den eigenen Wählern klar zu werden; darüber hinaus aber berühren die Erfahrungen von Gießen-Nidda natürlich auch die sozialdemokratischen Kalkulationen. Wir werden in Kreisen, die so geartet sind, wie der Gießener, wo sich die Hauptwählerschaft auf Landorte und Biergaststätten verteilt, niemals auf mehr als höchstens 50 Prozent der freisinnigen Wählerschaft rechnen können. Darüber hinaus kann es nur Enttäuschungen geben, und diese Erkenntnis wird bei den Genossen den Vorzug setzten, wie immer, so auch in Zukunft, ihre Hoffnungen auf die eigene Kraft zu setzen. Der Kreis Gießen-Nidda war für uns noch nicht reif und ist noch nicht reif; nur die augenblickliche politische Treibhausluft konnte uns so nahe an den Sieg und bis auf 11.600 Stichwahlstimmen bringen, aber für den Liberalismus ist dieser Wahlausfall eine vernichtende moralische Niederlage. Sie haben sich dem Spott und Spott der reaktionären Gegner ausliefern lassen, während die Sozialdemokratie mit Stolz auf ihren Störpsgeist hinweisen kann. Labiau-Wehlau, Neupienitz in liberalem Besitz, wenn die Sozialdemokratie nur eine Spur von der Desorganisation und Unzuverlässigkeit aufweise, als diese „fortschrittlichen“ Mitläufer! Klarheit im politischen Leben kann nie von Nachteil sein, und so wird die Gießener Wahl haben wie drüber die gebührende Beachtung finden, wenn sie auch nicht geeignet sein dürfte, die gegenwärtige politische Konstellation erheblich zu beeinflussen.

Mit Gießen-Nidda schließt die Reihe der Nachwahlen ab, die in hartumkämpften Wahlkreisen geführt werden mußten. Denn das Mandat des Nachfolgers für Singer wird glatt in unserem Besitz bleiben. Die übrigen Nachwahlen haben neue Mandate in unseren Besitz gebracht und den Liberalen einen Gewinn von drei Reichstagswahlkreisen verschafft.

Mögen nun die allgemeinen Wahlen vollenden, was die Ersatzwahlen so kräftig eingeleitet haben — trotz Gießen-Nidda!

Unter der Überschrift „Eine bittere Wille“ beschäftigte sich die „Nationalzeitung“ kurz vor der Wahl mit dem Gießener Kreis und sagte:

Wie das Ergebnis sein wird, steht schon heute (20.) unumstößlich fest. Die Sozialdemokratie wird künftig einen Sitz mehr im Reichstage haben, (1) denn sie der Unterstützung der Liberalen zu danken hat. (2) Die große Mehrheit der in der Hauptwahl abgegebenen freisinnigen und liberalen Stimmen wird in der Stichwahl dem sozialdemokratischen Vertreter zugute kommen, und wenn die 2 1/2 Tausend ausgesprochen nationalliberalen Wähler auch nicht für die Sozialdemokratie stimmen werden, so wird ein Teil von ihnen doch lieber wählen, zu Hause zu bleiben. Denn man kann ihnen nicht anmerken, für einen Mann sich einzusetzen, der zu den gefährlichsten Gegnern der nationalliberalen Partei gehört.

Der Artikel führt dann an, daß aus Gründen der jüngeren Politik der Wahlkreisausschuß die Parole ausgegeben habe, für den Antisemiten zu stimmen, eine Parole, die in

der nationalliberalen Partei wenig Verständnis und noch weniger Zustimmung gefunden habe. Bis weit in den rechten Flügel der nationalliberalen Partei hinein habe es Verstimmung erregt, daß in Gießen der Kandidat einer schwarzblauen Blockpartei einer Unterstützung teilhaftig werden sollte.

Selten sind politische Prophezeiungen wohl härter abgeführt worden als hier.

Der Fall Fröhlich.

Der Kölner Staatsanwalt Speltz hat die Verurteilung eines Angestellten des Bauarbeiterverbandes, des Genossen Fröhlich, zu der furchtbaren Strafe von 2 Jahren und 7 Monaten erzieht. Fröhlich soll sich der Anstiftung zum Landfriedensbruch dadurch schuldig gemacht haben, daß er — nach der Behauptung der Anklage — in einer Versammlung der streikenden Arbeiter des Tiefbauunternehmers Latas gesagt haben soll: „Wir werden die Baustelle schon säubern; wer dahin geht, tut es auf eigene Gefahr.“ Am 3. Oktober kam es zu den bekannten Krawallen in Deutz, bei denen zahlreiche Arbeiter, aber auch einige Schutzleute verwundet wurden, von denen einer infolge eines unglücklichen Zufalls, Infektion der an sich nicht tödlichen Wunde, starb.

Nach dieser traurige Krawall passiert war, dachte wohl zunächst niemand daran, die Bauarbeiterorganisation oder einzelne ihrer Angestellten für die Geschehnisse verantwortlich zu machen. Für manche Leute mag es aber ein gesundes Treiben gewesen sein, als die Behörde bei ihren Recherchen auf die angebliche Bemerkung stieß, die Fröhlich in jener Versammlung gemacht haben sollte, die aber tatsächlich offenbar anders gelaute hat. Fröhlich versichert, und Zeugen bestätigen es, daß er damals zu den versammelten Arbeitern gesagt habe: „Wenn Ihr den Streik beidiebt, dann tut Ihr es auf eigene Rechnung und Gefahr. Ihr müßt aber auch dafür sorgen, daß die Baustelle sauber bleibt.“ Die Darstellung Fröhlichs hat schon deshalb alle innere Wahrscheinlichkeit für sich, weil seine Bemerkung — in der von ihm gegebenen Fassung — nichts als eine allgemein gebräuchliche Nebenbemerkung ist, die noch nie von einem streikenden Arbeiter als Aufforderung zu Gewalttätigkeiten aufgefaßt worden ist. Eine Werkstatt oder Baustelle „sauber zu halten“, das heißt den Zugang Arbeitswilliger mit geeigneten Mitteln tunlichst zurückzuhalten, ist die selbstverständliche Aufgabe der Arbeiter bei jedem Streik.

Dazu kommt, daß eine lange Reihe von Zeugen ausrat, die unter ihrem Eide versicherten, daß Fröhlich vor allen Unüberleglichkeiten dringlich gewarnt, zu friedlichem Verhalten gegenüber der Polizei und insbesondere zur völligen Enthaltsamkeit von Alkohol aufgefordert habe. Diese letzte Aufforderung ist leider von dem Hauptangeklagten Dipper, der den verhängnisvollen Streich gegen den Schumann-Café führte, nicht beachtet worden. Dipper, der seine Tat mit fünf Jahren Gefängnis büßen muß, hatte nach seiner eigenen Aussage mehr als einen Liter Schnaps getrunken. Ueberhaupt war die Stellung Fröhlichs gegenüber den Streikenden schwierig, da kaum die Hälfte organisiert und nur sieben von ihnen unterstützungsberechtig waren. Darum hatte auch der Bauhilfsarbeiterverband, obwohl durch einen effektanten Tarifbruch des Unternehmers wohlbegründete Streikursache bestand, alles getan, um den Ausbruch des Streiks zu verhindern. Es mag einstweilen dahingestellt bleiben, ob nicht durch zweckmäßigeres Verhalten der Polizei der schlimme Zwischenfall hätte vermieden oder doch besser eingedämmt werden können — soweit für die Arbeiter eine Lehre aus ihm zu ziehen ist, so lautet sie: Strammere Organisation, Schnapsbottel, Vermeidung des Alkohols während des Streiks. Das ist alles, was Fröhlich gewollt hat. Der Staatsanwalt macht ihn aber dafür verantwortlich, daß das Gegenteil davon, was er wollte, eingetreten ist! Und die bürgerlichen Geschworenen haben ihn schuldig gesprochen der Anstiftung zu Taten, vor denen er mit der größten Eindringlichkeit und Gewissenhaftigkeit gewarnt hat!

Fröhlich ist das Opfer eines richterlichen Fehlspruchs, und dieser Fehlspruch ist nur möglich geworden durch unsere Gerichtsorganisation, die ausschließlich bürgerliche, meist dem Unternehmerstande angehörende oder ihm nahe stehende Personen zu Geschworenenrichtern über Arbeiter und Arbeiterbeamte macht. Sicher waren die Männer, die Fröhlich schuldig sprachen, von seiner Schuld überzeugt, genau so wie die Essener Geschworenen von der Schuld der Schröder und Genossen überzeugt waren, die sie wegen Meineids ins Zuchthaus schickten. In bürgerlichen Kreisen besteht nun einmal, dank der schamhaften Ketzerei, vielfach noch immer eine Vorstellung von der Arbeiterbewegung, die sich zur Wirklichkeit ungefähr so verhält, wie das normale bürgerliche Leben zu dem Milieu eines Mid-Carter-Romans. Dem Ideenkreis der Arbeiterbewegung entspricht die Handlungsweise Fröhlichs, so wie sie sich im Kopfe des Staatsanwalts darstellt, keineswegs. Aber seine Richter haben zwei Belastungszeugen, von denen einer ein vielfach vorbestrafter sogenannter Arbeiter-

williger, der andere ein Gegner des Angeklagten ist, willig Glauben geschenkt, und die Aussagen zahlreicher ehrenwerter unbescholtener Entlastungszeugen nicht beachtet. Sie haben ein Wort, das selbst dann, wenn es so gesprochen worden wäre, wie die Anklage behauptet, den Angeklagten noch lange nicht eines so schweren Verbrechens schuldig gemacht hätte, in einer Weise aufgefaßt, daß eine Verurteilung zustande kam, die weder den Tatsachen, noch der juristischen Logik entspricht.

In Köln ist also wieder einmal ein Unschuldiger verurteilt worden.

Ja, ein Unschuldiger ist verurteilt! Wann aber wird man endlich die Schuldigen fassen, die in Breslau eine Hand abgeschlagen, in Moabit wie Rasende gehaust und den Tod des Arbeiters Herrmann auf dem Gewissen haben!?

Politische Uebersicht.

Reichstag und Reichstagswahlen.

Nach der „Berliner Volkszeitung“ rechnet man im Reichstagskreise jetzt bestimmt mit der Tatsache, daß der Reichstag vor Pfingsten über den Sommer verlagert werden werde. Mitte Oktober solle er wieder zusammentreten und noch bis Mitte Dezember arbeiten, um hauptsächlich die Reichsverfassungsordnung unter Dach und Fach zu bringen. Die Neuwahlen würden dann also erst im Januar 1912 stattfinden.

Das Geständnis des Terrainhändlers.

Die Zentrumspresse macht hin und wieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion einen Vorwurf daraus, daß sie dem verhungerten Wertumwachsenergesetz ihre Zustimmung nicht gegeben hat. Wie recht unsere Fraktion daran tut, dafür liefert der Ausspruch eines angesehenen und smarten Breslauer Terrainpekulanten einen recht drastischen Beweis. Bei der Behandlung der Frage, ob die Stadt Breslau die in dem Gesetz zugegebene Vergünstigung betreffend die Verhaltung der alten Steuerordnung nachsuchen sollte, äußert Herr Dr. Pank, Direktor der großen Kleinburg-Grabschener Terraingesellschaft und Vorsitzender des Vereins Breslauer Terrainhändler:

„Die Steuerordnung des Reiches ist für die kleinen Besizer etwas schärfer, für die großen etwas günstiger als unsere kommunale Steuerordnung. Es geht mit ihr, wie mit allen Gesetzen der letzten Jahre, sie sind für die Witwen und Waisen gemacht; die fallen dabei hinein! Inwiefern wird davon nicht gefast; wir sind eben so lahme Kricken, wie die Herren, die die Gesetze gemacht haben. Ich kann Ihnen aber jetzt schon sagen, daß das Reichswertumwachsener-Gesetz keine vier Jahre bestehen wird. Ich könnte Ihnen schon heute die allseitigen und niedlichsten Projekte anführen, die sich daraus ergeben werden. Dieses Gesetz ist also ganz unmöglich.“

So spricht ein kundiger Thebaner, der auf dem gedachten Gebiete die geriffelteste Geschäftskennntnis besitzt und die Steuerordnungen in- und auswendig kennt! Aber mehr als das. Die anwesenden klerikalen Stadtverordneten gaben durch Juristen und Mäcen ihr volles Einverständnis zu dieser Kritik und fällten somit das schärfste Urteil über die Gesetzesmacherei des schwarz-blauen Blocks.

Ein angebrachtes Gnadengesuch.

Aus Posen kommt folgende erfreuliche Meldung: Pastor Breithaupt, der frühere Leiter der Fürsorgeerziehungsanstalt Mielsch, der bekanntlich wegen Mißhandlung von Zöglingen zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt worden ist, hat ein Gnadengesuch eingereicht. Das Gericht hat es befürwortet.

Im Interesse der nächsten Reichstagswahlen ist zu wünschen, daß das Gesuch Berücksichtigung findet. Man kann den armen Menschenkindern doch nicht gut ins Gefängnis stecken — also Empfehlung zur Begnadigung!

Die Zentrumsparole.

Der Landesauschuß der preussischen Zentrumsfraktion hat am letzten Sonntag eine Beratung abgehalten, die den Vorbereitungen zu den Reichstagswahlen gewidmet war. Aus den Berichten über diese Konferenz, die von der Zentrumspresse jetzt veröffentlicht werden, geht hervor, daß sich das Zentrum ansieht, im kommenden Wahlkampf dieselbe Rolle zu spielen, wie sie der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie bei den Stimmlosenwahlen gespielt hat.

„Die Zentrumsparole“, so heißt es, „wird in erster Linie den Kampf zu richten haben gegen die Sozialdemokratie und gegen alle, welche diese direkt oder indirekt begünstigen oder befördern.“ Bei Stichwahlen soll die Sozialdemokratie und Sozialdemokratie soll Wahlkampf ein Gebilde werden, doch läßt man sich die Hinterliste der „Auswahlfälle“ offen. In solchen Ausnahmefällen kann ein Fortschrittler, der dem Zentrum und seinen konservativen Bundesgenossen reaktionär genug ist, als „Reineres Uebel“ gewählt werden. Auch bei den Nationalliberalen soll man sich nur von Fall zu Fall entscheiden.

Stichtwahlen" sollen vermieden werden, das heißt in Reihen, in denen ein Stichtwahlkandidat des Zentrums keine Aussicht hat, gewählt zu werden, verzichtet man auf die Aufstellung einer eigenen Kandidatur und proklamiert einen protestantischen Junker als schwarz-blauen Blockkandidaten. Unter solchen Verhältnissen, heißt es wörtlich, "ist der Zentrumsfrage dadurch besser gedient, wenn unter Verzicht auf eine eigene Kandidatur rechtsstehende Kandidaten in die Stichtwahl gebracht werden."

Wfo durch die Wahl ostfälischer Stadtkandidaten oder Kadawankeisern, durch die Stärkung der Wählerkreise um Döberitz, Arets und Dieberich Bahn wird der Zentrumsfrage gebietet."

Die Wahlarose der preussischen Partei für Wahrheit, Freiheit und Recht lautet klar und einfach: Mit den Junkern gegen das Volk!

Der Raub an Witwen- und Waisengut.

Aus der Statistik über Deutschlands Außenhandel in Getreide für die Zeit vom 1. August 1910 bis 10. März 1911 ergibt sich wieder, welche enormen Summen auch im laufenden Erntejahre an Getreideausfuhrprämien gezahlt werden. Es betrug die Ausfuhr

von Roggen 5.945.488 Doppelztr.
" Roggenmehl 1.167.614 " zusf. 7.113.097 Doppelztr.
Es betrug die Einfuhr
von Roggen 3.350.732 Doppelztr.
" Roggenmehl 8.291 " zusf. 3.359.023 Doppelztr.
Wahrscheinlich betrug die Ausfuhr:
Weizen 3.754.074 Doppelztr.

Der Wert des Einfuhrschutzes beträgt 5 Mark für den Doppelzentner, die Höhe des Fusses. Es wurden also vom 1. August 1910 bis 10. März 1911 18.770 Millionen Mark Roggen-Ausfuhrprämien gezahlt, um diese Beträge wurde der Witwen- und Waisenfonds geprellt.

Die Ausfuhrprämien erhielten Getreibespekulanten und Großgrundbesitzer, die Witwen und Waisen erhielten nichts!

Von dem auf Baden entfallenden Anteil der deutschen Branntweinliebesgabe erhält die Hälfte — etwa eine halbe Million — die Großbräuerei vormals Sinner und Grünwinkel (Karlsruhe), die auch eine Spiritus- und Hefenbrennerei betreibt. Sie hat jetzt ihre Reingewinn-Rechnung bekannt gegeben, wonach von den übrigen 852.225 Mark 720.000 Mark als 12 prozentige Dividende zur Verteilung kommen. Dem „Arbeiterwohlfahrtsfonds“ fließt die Restsumme von — 971 Mark zu.

Der Streit in der Zentrumsfraktion nimmt seinen Fortgang.

Auch die „Schlesische Volkszeitung“ mischt sich in den Streit zwischen dem Abgeordneten Heim und dem Vorstand der Zentrumsfraktion des Reichstages. Sie hat sich aus Berlin eine lange Charakteristik des Herrn Heim schreiben lassen, in der es heißt: „Er war nur in 59 von den 433 Sitzungen dieser Legislaturperiode im Reichstage und fehlte in 374. Im ersten Sessionsabschnitt vom 19. Februar bis 14. Mai 1907 war er niemals, im zweiten Abschnitt vom 23. November 1907 bis 7. Mai 1908 im ganzen nur zweimal im Reichstage, am 3. und 4. April, bei den Abstimmungen über das Reichsvereinsgesetz.“

Nach solcher ist eine andere gegen Heim gerichtete Denunziation. Dem Abg. Heim war aus der Fraktion vorgeworfen worden, daß er „nur dann“ im Reichstag erscheine, „wenn ihn eine Frage persönlich interessiert“. Auf den Einwand des Abg. Heim, daß ihn z. B. die Kaiserfrage nicht persönlich berühre, wird dem Abg. Heim wörtlich vorgehalten:

„Er möge nicht behaupten, daß die Kaiserfrage ihm nur als Abgeordneten berühre; wir nehmen an, daß er an den Verhandlungen der Zentrumsfraktion auch durch Exzessieren beteiligt ist, und daß er daher auch persönlich an der Verteilung dieser Gelder interessiert ist. Auch das ist kein Vorwurf; denn für die Exzessieren leistet er Arbeit und macht die Interessen des großen Geschäftsmannes, dessen Leiter er ist. Herr Dr. Heim ist auch als Aufsichtsrat an einem Kalkül beteiligt, hat also auch hier nicht nur als Abgeordneter, sondern auch persönlich ein Interesse an der Regelung dieser Frage.“

Deutlich wird hier von dem Abg. Heim behauptet, daß er nicht nur faul ist, sondern sein Mandat im persönlichen Interesse ausnutzt. Danach muß eine gar liebliche Harmonie in der die hehre Moral der alleinseligmachenden Kirche vertretenden Zentrumsfraktion herrschen.

Dr. Heim widerlegt in einer Erklärung im „Bayr. Kurier“ eingehend die Unterstellungen und sagt dann: „Die Insinuation, daß ich nur in Berlin erscheine, wenn ich persönliche Interessen dort zu vertreten hätte, ist eine Gemeinheit, und zwar eine bewusste Gemeinheit.“ Dr. Heim erwartet den Schutz der Leitung der Zentrumsfraktion und fragt entrüstet, warum man ihm solche Dinge, wie sie jetzt in der Zentrums-Parlamentarischen Korrespondenz angedeutet wurden, nicht in der Fraktions-Zeitung vom 17. d. Mts. vorgehalten hätte, wozu in Auge. . .

Die Verfassung für Elsass-Lothringen. Am Dienstag setzte die Kommission die Erörterung der Zusammenfassung der ersten Kammer fort. Gegen die Bestimmung der Regierungsvorlage, daß durch Verfassung der Vertreter des Arbeiterhandels in der Erste Kammer berufen werden können, wandte sich der Reichsstaatssekretär v. Dirlken mit der Behauptung, Arbeiter gehörten dort nicht hinein. Er werde später einmal eine Verdringung der Arbeiter als erforderlich gerichtet, habe es der Kaiser ja in der Hand, bei Ernennung darauf Rücksicht zu nehmen. Der Elssässer Hauptentgegenstand, durch die Zugabe von drei Arbeitern werde die Erste Kammer ihren konservativen Charakter nicht verlieren. Genosse Dr. Brand begehrte die Gemeinschaft v. Dirlkens gegen die Arbeiterverdringung als aus dem Empfinden gegen die Gleichberechtigung der Arbeiter entsprungen. Die Erste Kammer sei eine Ständeverdringung; man dürfe also den Arbeiterstand nicht ausschließen. Die Sozialdemokratie lehnte die Schaffung einer Elssässer Kammer ab. Verdringung der sozialdemokratischen Fraktion abgelehnt, und konnte eine Erste Kammer ausfallen, dürfe man die Arbeiter nicht davon ausschließen — Genosse Engel wachte sich gegen den Kurantantagon, nach dem außer den Elssässern von Straßburg und Metz auch noch ein von den Parteien oder den Kandidaten gewählter Vertreter der Elssässer Kammer angehören soll. Nach Brand wurde sich auch gegen die vom Zentrum beantragte Verdringung der Reichsstaatssekretäre, deren Bedenken das Zentrum überhört.

Für den konservativen Minister ist die Rede des Abg. Haus ein neuer Beweis, daß die Elsass-Lotharinger völlig unzufrieden, ein selbständiges monarchisches Staatstreffen zu leisten. Unter allgemeiner Beifriede verlangte der Redner, im Protokoll möge dieser Anspruch von ihm fest unterzeichnet werden!

Bei der Abstimmung wurde der sozialdemokratische Antrag auf Streichung des ganzen § 6 gegen die 4 sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt. Gestrichen wurde in der Regierungsvorlage die Verdringung der Elssässer Elssässer, Metz, Elssässer und Lotharingen. Der Antrag wurde der ganze zweite Teil des § 6 gegen die 10 Stimmen der Nationalliberalen, drei Freikämpfer und der Reichsstaatssekretär abgelehnt. Abgelehnt wurde auch der Zentrumsantrag, die Zahl der vom Kaiser zu ernennenden Mitglieder dürfe 6 nicht übersteigen. Da kann aber auch die Regierungsvorlage, die die Zahl der zu ernennenden Mitglieder auf die Hälfte restiert, abgelehnt wurde. Stelle der Vorsitzende ist, jetzt sei eine Pause einzuhalten. Im Mittelweg sollen die Bestimmungen fortgesetzt werden. Nach Ablehnung seiner Anträge hat das Zentrum mit den Konservativen gegen die Regierungsvorlage gestimmt.

Schwarze Soldaten und Baumwollkultoren. Am Montag wurde die Verdringung des Kolonialgesetz fortgesetzt. Dem Etat für Ostafrika trugte Abg. Krüger, wieweil landwirthschaftliche (landw. Soldaten) in Ostafrika sind und wo sich auch an den Kolonialverhältnissen ausgebildet werden. Es wäre zu befürchten, daß die Kolonialverhältnisse gegen die Weissen nicht wären. Staatssekretär v. Linstow gab an, daß 400 landwirthschaftliche Soldaten sind. Die Kolonialverhältnisse werden nur von Weissen bedient. Es sei die Frage aufgeworfen worden, 42 weiße Weissen in Ostafrika zur Bedienung der Kolonialverhältnisse angestellen, nicht Unteroffiziere. Da jedoch der Souverän erklärt, auch die Weissen können nicht geringer als Unteroffiziere entlohnt werden, würden die 42 Weissen eine Ausgabe von 2.000.000 Mark verursachen. Die Summe möge aber Nebenamt erregen. — Die Kolonialverdringung in Ostafrika erfordert eine Ausgabe von

2.040.990 Mark ohne Pensionen. Das farbige militärische Personal besteht aus zwei Offizieren, 22 Feldwebeln, 167 Sergeanten und Unteroffizieren sowie 2341 Gemeinen. Die farbigen Gemeinen erhalten eine Wohnung von 320—564 Mark. Die farbige Weissen erwerbende eine Ausgabe von 214.428 Mark; für Bauten der Zentralverwaltung wurden gegen das Vorjahr 238.000 Mark mehr gefordert. Zur Förderung der Baumwollkultur sind 110.000 Mark in den Etat eingestellt, dazu kommt noch eine Summe, die aus den Kolonialabgaben zur Förderung tropischer Pflanzenkulturen auszuheben werden soll. Abg. Brandt betonte, von den Erfolgen mit den Baumwollkulturen hängt die Entwicklung Ostafrikas ab. Abg. Erbener fordert, daß die zur Verfügung stehenden Summen für Baumwollkulturen in erster Linie dazu benutzt werden müssen, um die Baumwollplantagenbesitzer genau über die meteorologischen Verhältnisse aufzuklären. Beginn und Ende der Regenzeiten müssen festgesetzt und bekannt gemacht werden, sonst werden die Kulturen teils in der Blüte, teils als halbreife Frucht verreckt. Abg. Redebour betont, daß die Sozialdemokraten jeden Versuch unterstützen, die Baumwollkulturen in den Kolonien zu fördern. In Betracht seien aber die sehr erheblichen Schwankungen in der Verdringung der Möglichkeiten, in Ostafrika den Anbau der Baumwolle auszubringen. Durch einen Zwischenschritt weist Abg. Amis darauf hin, daß erst in einem Menschenalter die Eingeborenen fähig sein werden, die Baumwollkulturen ertragsfähig zu betreiben.

Polizeilich nummige Staatsarbeiter. Die Berliner Polizei hat wieder einen Augen Streich vollbracht. Wie mir berichteten, sind die Träger eines von Staatswerkstättenarbeitern gestifteten Kranks beim Vertreter des Friedrichhofes der Mäßigkeiten verhaftet worden. Polizeioffiziers wird nun folgende „Aufklärung“ der Sache verbreitet:

Als die Deputation der Staatswerkstättenarbeiter von Spandau einen Kranz mit einer roten Schleife und der Aufschrift: „Geduldet von Arbeitern der Staatswerkstätten in Spandau, trotz alledem“ niederlegen wollte, wurde die Aufschrift konfiskiert und die Namen der Träger wurden festgestellt. Die Polizei wird ein Ermittlungsverfahren einleiten, damit gegen die Verantwortlichen eine Strafrechtliche gerichtliche vorgegangen werden kann. Nach den Bestimmungen der Arbeitsordnung in den Staatswerkstätten werden dort keine Sozialdemokraten geduldet. Man nimmt deshalb an, daß die Kranzträger nicht im Auftrag der Staatswerkstättenarbeiter erschienen sind, sondern dies nur ausgehen haben, um im Interesse der Partei auf diese besondere Art zu demonstrieren.

Der Vorgang ist — sofern die Vorlesung stimmt — ein Skandal, wie er wirklich nur unter dem Japan-Regiment möglich ist; weil die Arbeitsordnung keine Sozialdemokraten duldet, gibt es auch keine und die Arbeiter werden gestrichelt. Die Kranzträger in den Staatswerkstätten müßten natürlich bei einem Protest bekannt werden und könnten gemäßigert werden. Ist nur darauf abgesehen?

Landtagsersttagwahl in der Rheinpfalz. Durch Ernennung des liberalen Landtagsabgeordneten Weingartenberger Franz Wühl zum leitenden Reichsminister der Kronen Bayern ist dessen Mandat im 4. präligen Landtagswahlkreis Frankfurt a. M. und Darmstadt im 30. April ist erfüllt, ist für die Sozialdemokratie aussichtslos, da bei den Landtagswahlen nicht absolute, sondern relative Mehrheit entscheidet. Die Reichsliberalen erstreben eine Sammelkandidatur nach Weingartenberger Wühl, während der Reichsliberalismus von einem Zusammenschluß mit den Wählern und dem Zentrum nichts wissen will und mit der Aufstellung eines eigenen Kandidaten droht. Die Stellung der Liberalen in diesem Wahlsysteme wird auch für die bevorstehenden Reichstagswahlen in der Pfalz entscheidend sein, ein Umstand, der dieser Ersttagwahl außerordentliche Bedeutung gibt. — Eine sozialdemokratische Konferenz, die am Sonntag in Frankfurt a. M. stattfand, nominierte einstimmig den Genossen Rechtsanwalt Hermann zum Kandidaten.

Gegen den Prinzen, der die Steuern nicht bezahlen wollte. Der Berliner Reichsstaatssekretär hat kürzlich Herrn in einer Klage des Prinzen Friedrich Leopold von Weußen gegen den Gemeindevorsteher von Wannsee. Der Prinz verlangt Freistellung von jeder Grundsteuer und begründete diesen Antrag auf einen Vertrag, der bei der Ausmeindung seiner Güter aus Wannsee und der Eingemeindung nach Wannsee mit der Gemeinde geschlossen wurde. Der Gemeindevorsteher forderte pro Jahr 1020 Mark Grundsteuer. Der Reichsstaatssekretär wies die gegen diese Veranlagung gerichtete Klage des Prinzen ab, indem er sich der Rechtfertigung des Gemeindevorstehers angeschlossen. Ueber die Höhe der zu leistenden Steuer, gegen die nun protestiert wurde, soll noch einmal verhandelt werden. — Anderen Steuerzahlern zur Nachahmung empfohlen!

Berliner Kommunalsteuer. Da sich die Ansicht behauptet, daß die Berliner Stadtvorordnetenvermehrung bei 100 Prozent Zuschlag zur Einkommensteuer bleiben werde, hat nunmehr auch Schöneberg die 110 Prozent abgelehnt.

Maria Hendrina von Goch.

Novelle von Louise Schulze-Drake.

13)

(Schlußband verboten.)

Hendrina sah ihn halb stumm an. Doch der Beert das konnte! Aber herzlich, er hantierte ja auch auf dem Schiff so geschickt und gewandt. Er nahm ihr ja da alle Arbeit ab, die sie ganz gut hätte tun können. Und wie gut er aussah in dem schwarzen Anzug. Das fand Hildegard auch.

„Wer hatwollte a' ichene Gwollter“, sagte sie hoch, während sie die tolle Straße nach dem Kaiser Hof hinanzuging, wo der Ball stattfand. — Und gerade wieder war's Hendrina wie am Silberabend vor dem Kirchhof. Nur daß diesmal Beert neben ihr ging und sie sorglich führte.

„Was für Länge Krieg' ich denn, Hendrina?“ fragte er halblaut.

„Ach Du.“ Es war ihr doch vollkommen. „Ich hab' ja gar nicht gewußt, ob Du mit mir tanzen willst, und da —“

„Du hast mir's denn nicht gesagt?“ fragte Hildegard, dem daß Du wohl schon alles verstanden? —

„Ja, Hendrina regte sich der Kopf.“

„Du bist ja ja fragen können.“

„Nach ip's ja nicht zu spät“, sagte Beert gelassen. Und wenn Du mit immer den Tanz noch einen gibst, den Du mit dem anderen tanzt!“

„Sie hat ihm betreten an. „Ach Beert.“

„Er lachte ärgerlich. „Des ip' zu viel, mein' Du. Aber ich behalte drauf. Immer den Tanz nach dem anderen. Und wenn Du das nicht magst.“

„Er sah so böse aus. Seine Augen funkelten und er brüllte: Hendrina's Arm sei.“ „Ja, ich will schon.“

„No, was denn denn da verhandelt?“ fragte Hildegard argwöhnig. Sie hatte schon einen ganzen Kampf jünger Leute um sich.

„Sie sieht emol ganz Marie. Ihr. Dann immer Beert auf'n Ball geh'n, wo sie ja nicht so glücklich und froh ist. Immer die Macht a' Beert (Beert), wie die Lieb' immer's bekennt. Die Beert'sche, die sie doch gut als was sie mit ihr gefehert war'n! Als wenn sie immer a' Maria an sich hätte, wo Marie le ganz bei a' ichene Gwollter, wo a' ichene Gwollter immer kommt ihm zu Hilfe an. Und ja, wenn man an Beert'sche lacht? Immer ehrlieh lacht, wo sie sich an Kaiser Hof, wo sie auch a' immer Beert, Hendrina, an Du Beert auch, immer denn die Zeit, wo sie hätte auch ein a' Goch, Schuppe zu dralle geben. Das ist's ja auch ein nach in Hand hat. So — so geht die Zeit schon. Ja, sie, so, so, so, so, so, so.“

V.

Hendrina von Endert hing langsam die Augen auf und sah demnach dem sich. Ach, sie hatte so schön geschlafen. Und immer geträumt und Nichtergänzen gesehen und Musik gehört — die Augen fielen ihr halb wieder zu — weiter träumen. Musik — jetzt einen Kaiser — la la la — la la — la la, ach, wie sie sich wiegte auf dem glatten Boden und fast zu schweben schien im Arm des Amerikaners, — wie die Lichter flimmerten und funkelten, — er war jedes einzeln als ein feinerer Kreis, dann alle zusammen in einem großen, großen Gemeinwesen. — la la la — la la la la spielte die Musik, immer nun, immer nun, la la la, — sie schwebte, sie flog, es schwebte ihr, ihr Herz klopte so laut, oder war es das andere Herz dicht an ihrem, das so klopte? Das schwarze, fröhliche Gesicht schien noch so fast noch irgend etwas — und so sehr dachte er sie an sich — und immer nun — immer nun — la la la — la la la. Und dann hörte die Musik plötzlich auf, während sie noch immer fortging, und sie wurde festgehalten, weil ihr ganz schwindlig war, und fast dann auf einem Stuhl und der andere neben ihr, und ringsum haben engere und weitläufigere Räume an, — während sie das nun halb machte und führte und immer noch feurige Kreise sah und Musik hörte. Und dann fing sie Musik wieder an, ein Amerikaner war's diesmal, la la — la la — la la — la la. Heißes Bella tanzt ich gern mit dem schönen jungen Herrn.“

„Und jetzt doch Beert so groß und breit vor ihr da und was er in seine Arme. — und so groß sie auch selber war, so war sie doch klein neben ihm, und er führte sie so geschickt und so fest durch den Trudel — la la — la la — la la la — ich — ich — ich — ich — ich — sie fühlte sich so fest, so geborgen bei ihm, er hielt sie so ruhig — und nun fühlte er sie so vertraulich wie eine Schatzkammer — sie mußte lachen. Dann kamen andere, — fremde Gesichter, — fremde Menschen, — Hände, bräune, schwarze, — dann wieder der Amerikaner, — und doch immer wieder Beert.

„Die lange das so geborene hatte, sie konnte es nicht. — Ich, ich möchte es wohl gewesen sein, aber fühl am Morgen. Dann als sie hangen auf's Schiff, das ist ihr Heim war, da war schon ein weiser Erbe, der nicht nur Schändlich war, über dem Maria und den Bergen, und selbstem groß und fast haben die Dächer und Türme, Ringen in den Dreieck. Und Hendrina schwebte unter ihrem warmen Kissen, während on ihrer einen Seite Beert ganz warm ging, und on der anderen der Amerikaner, der langsam schwebte und lachte und lodes Jang vorachte. Und ihr war so wunderbar gemut, gerade, als ob sie es nicht sei, die das alles erlebte, sondern eine andere, eine Fremde, und sie lebe nur zu wie durch einen Schleier, wie gang von fern, und wundernd sich über die tollen Menschen und über die Schätze. — Nun war sie doch ganz hoch. Aber so wollte nicht sein, noch ein Augen liegen und nach-

hinne. — noch einmal die Musik hören und tanzen — tanzen — mit Abschottliche Werner und mit Veer.

Es war noch alles still. Sie schaute durch das Gitter, — niemand war in der kleinen Kajütenkübe. Nur draußen schlichen vorsichtige Schritte, sie hob den Laden ein wenig hoch, da sah sie Veer, der eilig herumhantierte. Er hatte seine blauen Schiffsleider an und ein rotes lodes Halstuch um, es fiel ihm eigentlich zum ersten Mal auf, wozu ein hübscher Mensch er war. Das kastorienbraune starke Haar, das schön geschnittene Gesicht mit den sonderbar langgelächelten Augen, — „verflügte Augen“ hatte Hildegard gesagt — mit der Hildegard hatte Hendrina ihn auch ein paarmal tanzen sehen gefehert Abend.

Der Laden inerte ein wenig, sie hatte daran gerührt. Veer sah sofort auf, mit einem schnellen, scharfen Blick auf das Fensterchen. Den Blick hatte sie früher nie an ihm — kannt, nur in den letzten Tagen erst.

Sie hatte in mancherlei Augen gesehen in diesen Tagen, fast schien's ihr, als sei es überhaupt zum ersten Mal in ihrem Leben, daß sie so viel in andere Augen geschaut habe, daß sie da etwas gesehen habe, was ihr bisher fremd gewesen. Sie schloß ihre eigenen Augen fest zu, — da waren auch schon die schwarzen Augen Georg Werners und dicht daneben die braunen Beert's mit den langen schwarzen Wimpern. Und da waren die roten Lippen Abschottliches über seinen weißen Zähnen, — der Mund, der sie gefügt hatte am Silberabend, — und da war Beert's Mund, — ob der auch so lächeln konnte, — so heiß und so weich, — so wie der andere?

Hendrina von Endert schauderte ein wenig in ihrem warmen weichen Bett. Was war das nur in ihr, das Neue, das was vorher nicht gewesen war? In ihr und um sie? Das, was in ihr sich regte und sie unruhig und heiß machte, und das, was sie in den Augen des Amerikaners las — und in Beert's Augen? Ach, sie hatte auch allerhand Gesichtern schon gesehen, in alten Zeitschriften und in Büchern, die zufällig den Weg in das kleine Haus in Goch gefunden hatten, Gesichtern von Liebe und Leidenschaft. Was das Liebe, was sich da in ihr regte und so heiß und süß war, und doch so brennend? Und wenn es Liebe war, liebte sie den Georgie? Einen, den sie vor acht Tagen noch nicht gekannt hatte, der allen Mädchen nachließ, wie die Hildegard erzählte, und so ein Wunder, Hüter war?

„Über was das Liebe, was sie sich künftigen und fürchten ließ vor ihr und sich künftigen zu Beert, wo sie sich so sicher fühlte, so geborgen und ruhig. War der Beert ihr nicht noch bis vor ein paar Tagen immer wie ein Fremder gewesen, wie solch ein großer, gutmüthiger Bruder? Ach Gott, was ihr nicht die ganze Welt anders gewesen? Was es nicht, als ob sie lebt in einer ganz neuen Welt sei, in einer Welt, wo es schön und sonnig war zu leben, wozu sie erwidern zu müssen, wie herzlich es sein konnte, — und Abend erwidern und zu trüben von dem Erleben des Tages.“ (Fortsetzung folgt.)

Verband der Maler, Lackierer und Anstreicher.
Am 20. d. Mts. verschied nach schwerem Leiden
unser Kollege und Mitglied, der Maler
Theodor Simon
im Alter von 35 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
I. A.: Die Filialverwaltung.
Beerdigung: Donnerstag, den 23. d. Mts., nach-
mittags 3 Uhr, von Rehdigerstr 24 nach Gräbschen.

Am 20. d. M. verschied nach längerem Krankenlager unser
Freund und Kollege, der Maler
Theodor Simon
im Alter von 35 Jahren.
Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren
Der Werkmeister und die Kollegen der Firma
M. Schliesinger.

Stadt-Theater.
Mittwoch 7 1/2 Uhr:
„Rüchgefunder“.
Donnerstag 7 1/2 Uhr:
„Der Waffenschmidt“.
Freitag 7 1/2 Uhr:
„Don Juan“.
Sonnabend 7 1/2 Uhr:
„Tannhäuser“.
Sonntag 7 1/2 Uhr:
Capitol Friedrich Plaszko.
„Ziefand“.

Lobe-Theater.
Mittwoch 7 1/2 Uhr:
„Glaube und Heimat“.
Donnerstag 7 1/2 Uhr:
„Ein Walzertraum“.
Freitag 7 1/2 Uhr:
„Glaube und Heimat“.
Sonnabend 7 1/2 Uhr:
„Das Musikantenmädchen“.

Thalia-Theater.
Sonnabend:
Gruppe K. S. Festschlung:
„Jopi und Schwert“.
Mittwoch am Tage der Festschlung
von 10-2 Uhr im Stadttheater und am
Abend im Thalia-Theater.

Schauspielhaus
Mittwoch 8 Uhr:
„Der tolle Bauer“.
Donnerstag 8 Uhr:
„Die Glocken von Corneville“.
Freitag 8 Uhr:
„Der tolle Bauer“.
Sonnabend 8 Uhr:
„Die Glocken von Corneville“.

Loblich's Etablissement.
Societas-Windrama von Banque
7 Karten Alibi Bühne
Petit Roberto The Janaly's
etc. etc. etc.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Viktoria-Theater
Carl Schmitz
in der Straß:
„Die fromme Helene“
Sachre ohne Ende.
mit die neuen Kostüme.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Sonnabendtags giltig.

Zeltgarten
10
Glanznummern
Schlager auf Schlager
u. a.
Die süßen Mädel
Operetten-Musik.

Palmengarten
D' lustigen
G'birgler
Neue Waldenburger
Berg-Kapelle.
Eintritt frei.
Sonnabendtags giltig.

Zurückgekehrt
Dr. H. Herz.
Mein Büro befindet sich jetzt
Carlstraße Nr. 44
(Ecke Dornbergstraße) 1543
Nettel
Rechtsanwalt.

Pfänder-Auktion
24. März, Paulstr. 26. 1138
Pfänder-Auktion.
Montag, den 27. März, Pfänderei
Johann Friedrich-Wilhelmstr. 61. I.

Ein Lehrling
für h. Domänenämter kann ich machen
bei H. Schmidt, Meibin, Paulstr. 9.
Künstliche Zähne
in Gold und Kammit, Plomben, Zahn-
rücken, Reparaturen, etc. und künst-
liche W. Dreger, Mattheistr. 4,
gegenüber der Obermühle. 1429

Verleih-Institut
eleganter
Frack-
u. Rock-Anzüge
Chapeau-Claques
H. Mohaupt
Karlstraße 1, I,
Ecke Schweidnitzerstraße
(früher Albrechtsstraße.)
Tel. 1301. 6608

Geld! auf Pfänder
jeder Art
im
konfessionierten
Pfandleih-Institut
von Robert Schmidt
jetzt Sternstraße 74.
Gegründet 1886. 11339

Möbel
Gute Ware sparsam
mit
Abzahlung
Anzüge
überzieher,
Kinderwagen
Anzahlung
Kobensache!
Max Biermann
52 Ring 52, I. Stg.
neben der Synagoge.
Gitarre:
Habenberg i. Etl.
auch nach auswärts.

Volksvorstellung 1910/11.
Für die Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins.
Sonntag, den 26. März
nachmittags 3 1/2 Uhr:
Thalia-Theater.
„Anatol“
von Schnitzler.
I. Rang 0,70 Mk. Parterre und Orchester 0,60 Mk.
Balkon und Sperritz 0,50 Mk. II. Rang 0,30 Mk.
III. Rang 0,20 Mk.

49
Fabrik-Reste!
Blusenstoffe unter Preis
durchweg
jede Bluse **1,35 Mk.**
Alpaca, alle Farben,
120 cm breit, Wert bis 10. 4,50
mit 100. 1,50. 1398
Rauschke-Lauben,
Schweidnitzerstr. 49, I. Stg.

49
!! Sie sparen Geld !!
Muzige, schöne Stoffe... 97, 98, 99, 100, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 659, 660, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 706, 707, 708, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 780, 781, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 790, 791, 792, 793, 794, 795, 796, 797, 798, 799, 800, 801, 802, 803, 804, 805, 806, 807, 808, 809, 810, 811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 819, 820, 821, 822, 823, 824, 825, 826, 827, 828, 829, 830, 831, 832, 833, 834, 835, 836, 837, 838, 839, 840, 841, 842, 843, 844, 845, 846, 847, 848, 849, 850, 851, 852, 853, 854, 855, 856, 857, 858, 859, 860, 861, 862, 863, 864, 865, 866, 867, 868, 869, 870, 871, 872, 873, 874, 875, 876, 877, 878, 879, 880, 881, 882, 883, 884, 885, 886, 887, 888, 889, 890, 891, 892, 893, 894, 895, 896, 897, 898, 899, 900, 901, 902, 903, 904, 905, 906, 907, 908, 909, 910, 911, 912, 913, 914, 915, 916, 917, 918, 919, 920, 921, 922, 923, 924, 925, 926, 927, 928, 929, 930, 931, 932, 933, 934, 935, 936, 937, 938, 939, 940, 941, 942, 943, 944, 945, 946, 947, 948, 949, 950, 951, 952, 953, 954, 955, 956, 957, 958, 959, 960, 961, 962, 963, 964, 965, 966, 967, 968, 969, 970, 971, 972, 973, 974, 975, 976, 977, 978, 979, 980, 981, 982, 983, 984, 985, 986, 987, 988, 989, 990, 991, 992, 993, 994, 995, 996, 997, 998, 999, 1000.

Nähmaschinen
Erfolgreiche
Gebirgs-
Spezialität:
Schnellnäher.
Wer sie nicht hat, der
kann sie nicht haben.
5 Jahre Garantie!
Wochen nur 1 Mk.,
auch ohne Anzahlung.
Louis Littauer
Breslau, Albrechtsstr. 10,
früher Albrechtsstr. 10.
49 Gültigen. 1169

Zu Geschenken
besonders geeignet
Diamant-Bibliothek
in schönem Einband, illustr.
Goethe, Gedichte.
Hauff, Die Bettlerin vom
Pont des Arts.
Heine, Buch der Lieder.
Heine, Die Harzreise.
Rückert, Liebesfrühling
Schiller, Gedichte.
Shakespeare, Hamlet.
Tegner, Frithjofsage.
Tennyson, Enoch Arden
Wilde, Märchen.
à laud 65 Pfennige.
Buchhandlung Volkswacht.

Wir empfehlen:
Tod
der
Todesstrafe!
von L. Stern.
Preis der Vereinsausgabe
20 Pfg.
Buchhandlung Volkswacht.

Wir haben zu Ihnen Vertrauen
denn wir verkaufen
Ihnen gern alles,
was Sie brauchen,
auf Kredit
JOHANN OLENDORFF & Co.
G. m. b. H.
BRESLAU
Albrechtsstrasse 14
(zwischen Ring und
Hauptpost).
Metz-Confituren etc.
Konfektion.

180 Mark
+ 180 „
+ 180 „
Zusammen **540 Mk.**
können Sie pro Jahr auf Ihrem Unkosten-
konto ersparen, wenn Sie statt 3 Schreib-
maschinen mit „Englischer Tastatur“
(Umschaltung) 1259
3 Smith Premier
mit „Deutscher Tastatur“
verwenden, da
ca. 20% Mehrleistung.
Verlangen Sie bitte von uns Vorführung und
Beweis für unsere Behauptungen.
Smith Premier Typewriter Co.
Breslau, Neue Schweidnitzerstrasse 6, Hansahaus.
Telephon 2804.

Unentbehrlich im Haushalt
ist
Dr. Thompson's
SEIFENPULVER
1/2 \mathcal{L} Paket 15 Pfg.

Jeder kann 1 Pfund Fleisch für 20 Pfennige essen!
In Schweinefleisch, garantiert rein, garantiert unversehrt, auch Ware, kostet
jetzt bei Abnahme von 50 Pfd. an v. 20 Pfg.; bester, erhaltend
9 Pfd., 2 20 Pfd. in. gel. Fleisch (Schwein ohne Knochen) v. 10 Pfd. 52 Pfg.
In. gel. Rindfleisch mit voller Fettschicht v. 10 Pfd. 52 Pfg.; in. gel. Schweine-
fleisch, garantiert rein v. 10 Pfd. (entw. ca. 3 Pfd.) 5.— Mk. Alles ab
hier v. Nachnahme, Mühsalloses liefern. 1776
Alb. Carstens, Altona a. G. 92, Adlerstr. 71.

19 1/2 Jahre unübertroffen im Buchhause
Der Effener
Meineidsprozess
gegen
Schroder und Genossen
im
Wiederaufnahmeverfahren.
Preis 20 Pfennige.
Zu beziehen durch die Buchhandlung Volkswacht.

Die Gleichheit
(Frauenzeitung.)
Alle 14 Tage erscheinend, Heft 10 Pfennige.

Jedermann kann sich davon überzeugen,
dass kein Kaffeemittel an
Wohlgeschmack, Bekömm-
lichkeit und Billigkeit dem
Dr. Lütze'schen Gesundheits-
kaffee von Krause & Co.
in Nordhausen a. Harz
gleichkommt.
1280

Arbeiterbewegung.

Kämpfe und Erfolge des Fabrikarbeiterverbandes im Jahre 1910.

Mit der Besserung des Wirtschaftsmarktes hat sich auch der Fabrikarbeiter-Verband erfreulich fortentwickelt. Die Mitgliederzahl stieg vom 1. Januar 1910 bis 1. Januar 1911 von 140.919 auf 168.706 oder 20 Prozent. Nach erfreulicher ist es, daß die Zahl der weiblichen Mitglieder von 15.681 auf 20.899 oder um über 30 Prozent gestiegen ist. Größere Erfolge noch als die Plaktationsarbeit hatten die Kämpfe des Verbandes um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen. Das Jahr hat den Verbänden mehr Kämpfe, aber auch mehr Erfolge gebracht, als irgend eines seiner Vorgänger.

Die Zahl der Lohnbewegungen, die ohne Streit zu Ende geführt werden konnten, beträgt 367, die sich auf 503 Betriebe mit 44.708 beschäftigten Personen erstreckten. Eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen wurde für 39.072 Personen erreicht. Und zwar für 8958 Personen Verkürzung der Arbeitszeit um insgesamt 20.845 Stunden pro Woche und für 32.061 Personen Lohnhöhung um insgesamt 50.920 Mark pro Woche.

Von Streiks und Ausperrungen wurde der Verband 122 Mal betroffen. Davon waren 74 Angriffsstreiks, 40 Abwehrstreiks und 8 Ausperrungen. Beteiligt waren daran 13.591 Personen, die sich auf 1371 Betriebe verteilten. Mit Erfolge endeten 60 Angriffs-, 25 Abwehrstreiks und 6 Ausperrungen. Der Erfolg der Streiks war: für 2981 Beteiligte eine Verkürzung der Arbeitszeit um insgesamt 5127 Stunden pro Woche, für 2911 Beteiligte eine Lohnhöhung von insgesamt 17.018 Mark pro Woche. Am 1. Januar 1911 bestanden 175 Tarifverträge, durch welche die Lohn- und Arbeitsbedingungen für 20.906 Personen geregelt sind.

Die Kosten der Lohnbewegungen waren fast dreimal so hoch als im Vorjahr: Sie betragen 951.976 Mark gegen 311.771 Mark im Vorjahr. Doch die Opfer sind nicht umsonst gebracht worden, denn der Erfolg war auch viel gewaltiger als der letzten beiden Jahre. Aus Nachfolgendem ist dies ersichtlich. Es wurden durch Lohnbewegungen, mit und ohne Streiks, erreicht:

Jahr	Arbeitszeitverkürzung für Personen	Stunden pro Woche	Lohnhöhung für Personen	Mark pro Woche
1908	3554	12.402	6653	10.357
1909	2894	9271	13.692	19.551
1910	12919	25.972	47.712	67.994

Das sind Erfolge, die den Wert der gewerkschaftlichen Organisation jedem zum Bewußtsein bringen müssen. Wenn der Verband in einem einzigen Jahre für rund ein Viertel der gesamten Mitgliedschaft die Arbeitsbedingungen verbessert, so ist das ein schätzenswerter, durch keine Spitzfindigkeit wegzurender Beweis für den Nutzen des gewerkschaftlichen Kampfes. Und es gehört ein fast unüberwindliches Maß von Unwissenheit oder Geistesblindheit dazu, wenn Arbeiter trotzdem noch ihre Zeit außerhalb der Gewerkschaften, vielfach gar in „nationalen“ gelben Vereinen suchen. Ein einfaches Rechenexempel ergibt, daß die erzielten Lohnhöhungen des letzten Jahres, wenn sie auch nur ein einziges Jahr in Kraft bleiben, den Arbeitern rund 3 1/2 Millionen Mark mehr Lohn bringen, eine Summe, die fast um 1 Million die gesamten Jahreserlöse des Verbandes übersteigt.

Somit sind diese auch die schätzenswerten Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen, die heute größtenteils noch unter geradezu trostlosen Bedingungen fristen müssen, recht bald ein, und schließen sich dem Verbande der Fabrikarbeiter Deutschlands an.

Auf den Fischen „Glück und Segen“ und „Felicitas“. Die eine Gesamtdirektion von 2100 Mann haben, ist es am Dienstag zum Streik gekommen. Es waren nur drei Streikbrecher zu verzeichnen. Es geht auf diesen Streik schon lange. Die Arbeiterpresse hat's schon über 10 Jahre berichtet. Die letzte Ursache des Streiks war die Einführung eines neuen Gehaltsvertrages, das von den Begehrten als Schikaner empfunden wurde. Die Begehrten verurteilten die Direktoren erst durch eine Resolution abzumehren. Da die Verwaltung dies merkte, hat sie am Montag eine Anzahl Leute aus der Grube geschickt, darauf ist am Dienstag der Streik erklärt worden.

Am Dienstag Abend fand eine Belegschaftsversammlung statt, die den Streik einstimmig beschloß. Auch auf Gehe Bergmann wird noch weiter gestreikt.

Achtung, Bauarbeiter! Die Firma Sagemann auf Helgoland hat einige Arbeiter gemietet. Die Arbeiter verbotenen daraufhin über die Firma die Sperre. — Zugang ist fernzuhalten.

Stadt-Theater.

„Martha“. Oper von Fr. v. Flotow.

Diese Oper bildet wohl einen eifrigen Bestandteil jeder Bühne und es wäre wohl kaum etwas über die geistig-vorstellung zu sagen, wenn nicht ein Haß auf Engagements den „Munnet“ gelungen wäre. Herr Flotow hat eine recht wohlklingende, volmannte Melodie und bewegt sich recht gewandt auf der Bühne. Sein Humor ist, wie es diese Partie erfordert, ziemlich verb, aber nie aufdringlich, keine unnötige Scherzhaftigkeit durchaus hehrigend. Soweit man nach dieser Leistung urteilen kann, wäre Herr Flotow für unsere Bühne gut zu brauchen. Das sehr spärliche Publikum zeichnet den Haß nach dem prächtig gelungenen Porträt und dem Duett mit Nancy durch sehr lebhaften Beifall aus. Diese wurde von Fel Dörwald mit einer unwürdigen Frische gespielt, die uns stets an vieler antreibenden Künstlerin so gut gefallt. Nur sollte sie ihrer Gesangsform eine etwas größere Aufmerksamkeit zuwenden. Es klang manchmal noch recht unklar. Herr Klammüller war's mit dem dritten Akt in seine Rolle hinein, wie überhaupt die ganze Aufführung bis dahin einen wenig erwünschten Eindruck machte. Die Entenblöße klang farblos, zumal die drei anderen Stimmen den Sopran von Frau Mac Grew fast erst in den letzten Akten überlegte die Partitur, als wenn er den Hauptrollen vergessen hätte und das Orchester spielte so laut, daß man in der allermodernsten Oper zu sein glaubte. Mehr, v. mehr Disziplin!

Aus aller Welt.

Mexiko. Dem Reiseduch, das Harry Graf Kessler, der Präsident des deutschen Künstlerbundes vor 7 Jahren unter dem Titel „Notizen über Mexiko“ hat erscheinen lassen, entnehmen wir einige Stellen, die besonders heute interessieren werden, da sie Probleme voraussehen, die auch den neuesten Ereignissen in Mittelamerika zugrunde liegen. Den mexikanischen Staat charakterisiert Graf Kessler als brutal: die Beamtenschaft ist zum großen Teil bestechlich und erpresserisch, weil die Voraussetzungen um das Wille für eine aus persönlichen Gründen selbige Ehrlichkeit fehlen; die Politik ist rein persönlich. Der jetzige beherrschende Regierung fehlt jede ernsthaft zu nehmende Sanction, außer der durch Gewalttätigkeit erlangten und zu persönlichen Zwecken ausgebeuteten Macht. Sie unterdrückt sich bis vor Diaz' Regierungsantritt von den Brigantennasozialisten, die über das ganze Land hin die Chauffen unsicher machten und als Gewalttätigkeiten ganze Provinzen auslöschten, eigenlich

Von den dem Staate nützlichen Elementen. Auf dem Ballwert in Aiche-Kleien haben 400 Arbeiter im Streik. Die Direktoren erhielt ca. 200 Hingemänner aus Hamburg, die auf dem Wert unterbracht sind und dort freie Verfügung erhalten. Diese Arbeitswilligen sind mit Revolvern und Gummiknüppeln bewaffnet und treiben damit allerhand Unfug. In der Nacht zum 18. d. Mts. haben zwei von ihnen ohne jede Veranlassung 15 Revolverstücke auf Passanten abgegeben; glücklicherweise ist niemand verletzt. Am Mauerwerk sind noch heute die Spuren dieser nächtlichen Schießerei zu sehen. Am gleichen Tage des Nachmittags hatte die Kolonne auf dem Markt eine Revolte unter sich, wobei ebenfalls geschossen wurde. Ein Agent wollte einen Hingemann bei der Arbeit antreiben, das ließ sich dieser nicht gefallen, und darauf kam es auch hier zu einer allgemeinen Prügelei. Das ist nun wohl der Vorbehalt doch zu toll geworden. Zunächst entließ das Werk sofort 60 Mann der Hingegarde, 30 Mann reiten davon ab, die anderen vagabundieren in der Stadt umher. Die Polizei hat nach der Revolte sämtliche Strohfächer nach Waffen untersucht und eine ganze Anzahl Revolver beschlagnahmt.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 22. März.

Geschichtskalender.

23. März.

1810 Kojetue (Luftspielmacher und russischer Agent) ermordet.

Die Invalidentrenten-Querscher.

Der selbe Kampf um die Rente, der fester in der Unfallversicherung zu führen war, muß neuerdings auch in der Invalidentrentenversicherung geführt werden. Bekanntlich werden seit einigen Jahren die Bezirke verschiedener Invalidentrentenversicherungs-Anstalten von einer Reichskommission bereit, um Ermittlungen über die hohe Zahl der Invalidentrenten anzustellen. Die Folge der Tätigkeit der Kommission ist immer, daß einer Anzahl Rentenempfänger die Rente entzogen wird und in diesen Gebieten die Rentenbewilligungen erheblich zurückgehen. Nachstehend sei eine kleine Zusammenstellung darüber gegeben, wie bei einigen der Versicherungsanstalten die Rentenbewilligungen seit der Bereinigung zurückgegangen sind.

Verwaltungsanstalten	Jahr der Bereinigung	Zahl der bewilligten Invalidentrenten im Jahre vor der Bereinigung	Zahl der bewilligten Invalidentrenten im Jahre 1910
Brandenburg	1904	10.005	6893
Mecklenburg	1.05	13.693	9093
Sachsen	1905	2.225	1785
Hannover	1906	7.107	4238
Berlin	1906	5.259	4843
Bayern	1.07	3.887	2070
Rheinland	1908	3.778	2064
Schlesien	1904	19.602	8428
Sachsen-Anhalt	1904	8.537	5640
Stat.-Verordnungen	1910	3.439	2906

Das sind ganz verheerende Wirkungen, die das Auftreten der Kommission verursacht. In der Provinz Schlesien sind z. B. die Rentenbewilligungen um mehr als die Hälfte zurückgegangen.

Die Vorgänge sind nur möglich auf Grund der mangelhaften einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen. Der Begriff der „Invalidentrenten“ als Voraussetzung der Rentenbewilligung ist so dunkel und unklar, daß solche Verschärfungen leicht möglich sind. Wie festgestellt worden ist, hat man ja den Begriff der Erwerbsunfähigkeit ausdrücklich so lückenhaft umschrieben, um die Entschädigungsbeträge der Invalidentrentenversicherung nach Belieben heraus- oder herunterschrauben zu können. Wie die Zahlen zeigen, hat man das besonders in Schlesien ausgezeichnet fertiggebracht. Die Reichsversicherungsordnung bringt hierin auch keine Besserung. Wir werden demnächst die Rentenquerscher in Schlesien ausführlich besprechen.

in nichts als darin, daß sie unter diesen Banditengesellschaften die mächtigste war.

Diaz aber, das Haupt der zuletzt an die Staatskassen gelangten Politiker und Soldatenbande, ein selbständig-gedrehter und mit den reicheren Grundbesitzern des 19. Jahrhunderts arbeitender Ludwig XI. oder Czar Bogia, dient zu gleicher Zeit seinem Ehrgeiz, seinem Bankkonto und seinem an eigenen Interessen erwachsenen Patriotismus. Er unterdrückt die unabhängigen Anführer im Lande und das offene Plündern der vom Staate angestellten und verbindet damit ein Geschäft für sich, indem er Gewinnteilungen an den zahlreichen Unternehmungen antritt, die infolge seines Regiments aufzubringen anfangen. Das Land macht, während es früher bei den fortwährenden „Revolutionen“ nicht zur Ruhe kam und verarmte, jetzt Fortschritt. Diaz aber hat seine bei einem Jahresgehalt von fünfzehntausend Talern verdienten Millionen in englischen Banknoten längst in Sicherheit gebracht.

Zeit der Präsidentschaft Diaz' erfüllt in Wirklichkeit kein Wahlrecht mehr. Wo noch Wahlen markiert werden, sind es Scheinwahlen. Diaz wählt alle vier Jahre förmlich sich selber wieder zum Präsidenten; und in der Zwischenzeit ernennt er auch, so oft es nötig ist, die Mitglieder der Volksvertretung und die verfassungsmäßig vom Volke zu erwählenden Provinz-Gouverneure. Die liberale Regierung hat aus der konstitutionellen Republik eine unumschränkte Monarchie gemacht. Der Präsident, kommt um; das heißt, er fällt der Welt zum Opfer, der geistvollen Handhabung der Volksherrschaft, auf stehende Arrestanten zu schicken. Wohlgeleitete Personen werden arretiert, gefoltert und werden erschossen. Prozesse werden dadurch vermieden.

Aus einer frommen Gegend. Ueber eine ungewöhnlich heimtückische Tat wird aus Ansbura berichtet: Der Bauer Rottenanger und sein 31 Jahre alter Sohn Karl lebten in dem bayerischen Orte Titting in bestiger Freundschaft zu der Familie Wolfstaller und verübten aus Hab eine raffiniert ausgedachte Anschlag gegen sie. In der Nacht zum 8. August warfen sie die Fehlbart einer Kuh in den auf dem Grundstück des Wolfstaller befindlichen Brunnen. Die Folge davon war, daß nach einigen Tagen die ganze Familie Wolfstaller, die außer den Eltern noch aus sieben Kindern bestand, schwer erkrankte. ... Kein Mensch konnte sich zunächst erklären, wozu die Krankheitserscheinungen ... harte Erbrechen, Fieber und Entzündung — kamen an, bis der nächste Schwere des Brunnenwassers und dessen trübe Färbung aufstieß und man zu einer Untersuchung des Brunnenwassers schritt. Man fand dabei die bereits in Verwesung übergegangene Leiche eines Saugkalbes Fehlbart einer Kuh. Nun erinnerte man sich

Der Verband der Orts- und Betriebs-(Fabrik-) Krankenkassen

zu Breslau hat in diesen Tagen seinen 26. Jahresbericht herausgegeben. Danach zeigt auch das Jahr 1910 einen weiteren Fortschritt in der Entwicklung des Verbandes. Zwar ist die Zahl der angeschlossenen Kassen nicht gestiegen, aber die Mitgliederzahl hat sich bedeutend vermehrt. Im Jahre 1909 betrug sie durchschnittlich 36.041, 1910 aber 39.417. Diese Zunahme von 3000 Mitgliedern ist hauptsächlich auf die Ortskrankenkasse der Schneider zurückzuführen, deren Mitgliederzahl allein um fast 3000 zugenommen hat; bei den übrigen 23 Krankenkassen hat sich wenig geändert. Die Zahl der Krankheitsfälle zeigt wieder eine wesentliche Steigerung; im Jahre 1909 wurden 38.707 Krankheitsfälle gezählt, 1910 dagegen 43.501. Ebenso wurden die Spezialärzte häufiger als im vorigen Jahre beansprucht, besonders die Frauenärzte, bei denen die Krankheitsfälle auffallend gestiegen sind, nämlich von 1253 auf 1636. Mit der Anstellung eines besonderen Arztes für Beinleiden hat der Verband gute Erfahrungen gemacht, ebenso mit dem Spezialarzt für Chirurgie. Vom 1. Januar 1911 an hat der Vorstand in Gemeinschaft mit den Ärzten eine neue Einrichtung geschaffen, die sogenannte Re-zeptions-Kommission, deren Aufgabe es sein soll, alle Rezepte auf ihre Verordnungsweise und Logierung nachzuprüfen. Den Ärzten wurde von der Kommission eine Anweisung übergeben, von der man Ersparnisse bei der Ausgabe für Medikamente erhofft.

Die erhöhte Mitgliederzahl spiegelt sich auch im Kassennet-zwerk, der von 121.825 Mark auf 131.106 Mark gestiegen ist. Die Arbeit des Vorstandes hat sich im Berichtsjahre bedeutend vermehrt; die Uebernahme der Wasserheilanstalt und der Bau und die Reanichung des Luft- und Sonnenbades hat viel Mehrarbeit gebracht. Die Wasserheilanstalt hat sich, wie es im Bericht heißt, als dringendes Bedürfnis herausgestellt. Wenn auch nicht alle Hoffnungen in Erfüllung gegangen sind, zum Beispiel der große Ueberfluß, so ist doch immerhin ein Gewinn von 277 Mark zu verzeichnen. Die Mitglieder wie die Kassen sind mit dieser Anzahl sehr zufrieden. Die Zahl der Bäder im Jahre 1910 beträgt 15.819. Ein weiterer Fortschritt für die Gesundheit der Verbandsmitglieder war die Errichtung des Licht-, Luft- und Sonnenbades in der M-Schilling-Wilhelmsruh; es ist am 22. März 1910 eröffnet worden. Von den Ärzten sind 286 Krankheitsfälle über 216 Bäder verordnet worden. Selbst Krankenkassen, die nicht dem Verbande angehören, haben ihre Kranken diesem Bade überlassen. Außer den von den Ärzten verordneten Bädern kamen viele Mitglieder aus eigenen Antriebe, um Bäder zu nehmen. Im ganzen dürften in den fünf Monaten 5600 Bäder genommen worden sein, ein Beweis dafür, daß die Mitglieder mit dem Licht-, Luft- und Sonnenbade sehr zufrieden sind. Bedauert wurde nur, daß es nicht zwei Bäder gibt, damit Männer und Frauen täglich Baden können. Sollen die Verbandskrankenkassen dieser Frage recht bald näher; der Vorstand ist der Ansicht, daß es dem Verbande möglich ist, ein zweites Bad zu schaffen.

Zum Schluß kommt der Bericht auf das Auch des Reichsverbandes-Doktors Müller gegen die „sozialdemokratischen“ Krankenkassen zu sprechen und weist nach, daß die Vorwürfe gegen den Verband völlig haltlos sind. Die Reichsärzte sagen unter anderem, daß die Vertreter der 24 angeschlossenen Kassen allen politischen Parteirichtungen angehören und sie behaupten, daß die Sozialdemokratie hier sogar in der Minderheit ist. Die steten Vermählungen, jedergest friedlich und schieblich mit allen Parteirichtungen und auch mit den Arbeitgebern zusammen zu arbeiten, seien bisher immer gelungen. Die Politik habe man bei den Verhandlungen stets ferngehalten.

Die gemeinsame Krankheitskontrolle wurde 1910 in 35.758 Fällen ausgeführt; beteiligt sind daran 18.995 Kassen mit 18.995 Mitgliedern. Die Beiträge zur gemeinsamen Kontrolle betragen 5623 Mark. In die Kasse zahlte der Verband im Berichtsjahre 93.631 Mark, an die Spezialärzte 27.581 Mark; für Verbandshilfe wurden 3252 Mark ausgegeben. Die Tätigkeit des Verbandes beweist am besten, wie notwendig er ist; leider stehen ihm die meisten Kassen noch fern. Der Ansturm der Arbeiterseinde gegen die Selbstverwaltung der Krankenkassen sollte allen Krankenkassen ein deutlicher Fingerzeig dafür sein, daß sich auch die Kassen immer fester zusammenschließen müssen.

Das acht Tage vorher bei Rottenanger eine Kuh verstorben hatte und der Schlachtwagen eine Anflaute gegen Rottenanger, Vater und Sohn, die trotz allen Leugnens der Angeklagten mit einer Schuldverurteilung unter Verlesung milder Umstände endigte. Der Gerichtshof verurteilte den alten Rottenanger zu vier Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrenrechtsverlust, den Sohn zu 1 1/2 Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrenrechtsverlust. Da der Gerichtshof Fluchtdrohungen annahm, wurde die sofortige Verhaftung der bisher auf freiem Fuße befindlichen Angeklagten angeordnet. Ein medizinischer Sachverständiger hatte in der Verhandlung erklärt, daß durch derartig infiziertes Wasser sehr wohl der Tod einer Person hätte eintreten können.

Ja, ja, die katholischen Kaplanen für Nächstenliebe haben mit ihrem Priesteramt oft sonderbare Erfolge in ihren Domänen.

Ballonführer Rabjer tot aufgefunden. Die Leiche des mit dem Ballon Düsseldorf IV verunglückten Herrn Paul Rabjer aus Krefeld ist bei dem kleinen Dörfchen Van Eyckstein an der Hühnerleie angetroffen worden. Die Leiche ist im Automobilkraftwagen nach Krefeld gefahren worden. Dem verunglückten Ballonführer Rabjer geht es ziemlich gut. Die Verletzungen, die er erlitten hat, sind nicht so schlimm, als anfangs befürchtet wurde.

Die erlöschende „Schwarze Hand“. Die Erpressungsversuche haben in der letzten Zeit sehr überhand genommen. Die bedrohten Personen sind jetzt aber meist so vernünftig, die Erpresserbriefe sofort der Polizei zu übergeben, die in der Regel den Briefschreiber abfaßt. Auf eine ebenso originelle wie einfache Art gelang dies auch in Gelnhausen.

Zwei vermögende Einwohner dieser Stadt erhielten unlängst die briefliche Aufforderung, eine größere Summe Geldes an einer näher bezeichneten Stelle niederzulegen, falls sie nicht unangenehme Dinge erleben wollten. In dem einen Briefe verlangten die Erpresser, die sich mit dem schönen Titel „Ver-schworene Bruderschafft zur Schwarzen Hand“ unterzeichneten, 5000, in dem anderen begehrten sie sich mit 3000 Mark. Die hierbon benachteiligte Polizei legte nun an dem einen der von den Briefschreibern bezeichneten Orte ein Päckchen nieder, das mit einer schwer zu beschreibenden schwarzen Farbe getränkt war. Es erschienen dem auch nach einiger Zeit zwei junge Burthen, die das Päckchen unter großen Vorsichtmaßregeln hielten. Sie konnten bald darauf dringlich gemacht werden, da sie sich durch die schwarze Farbe an ihren Fingern verletzten. Der eine der Täter war ein 17 Jahre alter Dienstmädchen, der vom Gericht sechs Monate Gefängnis erhielt. Der andere war sogar erst 15 Jahre alt und kam deshalb mit sechs Monaten davon.

Ausstellung über den Alkohol.

Gegenwärtig finden in der Ausstellung gegen den Mißbrauch des Alkohols die Führungen für die Mitglieder der Gewerkschaften statt.

Mittwoch Abend: Schmiede, Kupferschmiede, Kistenmacher. Donnerstag Abend: Tischler, Lederarbeiter, Buchbinder, Brauer.

Freitag Abend: Hutmacher, Steinseher, Zigarrenfabrikanten.

Ähere Kirchensteuer. Für das Etatsjahr 1911 soll nach dem Vorschlag zum Jahreshaushalt des Taxoverbandes für die evangelischen Kirchengemeinden Breslauer ein Prozent Kirchensteuer mehr wie im Vorjahr, nämlich 19 vSt., zur Erhebung gelangen.

Lohn der Aktionäre. Die Breslauer Straßen-Eisenbahngesellschaft wird für das Jahr 1910 eine Dividende von 6 1/2 Prozent verteilen; im vorigen Jahre waren es 6 1/4 Prozent.

Vor dem Osterbesteh bringt der Polizeipräsident in Erinnerung, daß die offenen Verkaufsstellen am Sonntag der Karwoche, den 15. April, bis 10 Uhr Abends geöffnet bleiben dürfen.

Bautätigkeit. Neben der Getreidemahlhalle zwischen Ohle und Junfernstraße hat die Pausengesellschaft Junfernstraße ein großes modernes Geschäftshaus aufzuführen lassen.

Vom Kaffeehaus Wischam. Das in südlichem Besitz befindliche Kaffeehaus Wischam wechselt besondlich zum 1. April dieses Jahres seinen Pächter.

Straßenveränderung. Auf Vorschlag des Magistrats hat der Polizei-Präsident dem Straßen-Büro, der die Fortsetzung der Baustraße in östlicher Richtung von der Straße Brigittenal bis zur Seidwitzstraße bildet, ebenfalls die Bezeichnung „Baustraße“ gegeben.

Eine Prüfung der öffentlichen Fuhrwerke (Droschken 1. und 2. Klasse, Kraftdroschken und Omnibusse) wird, wie der Polizeipräsident bekanntgab, Anfang Juli vorgenommen.

Klempner. Sonntag, den 26. März cr., Vormittags 10 1/2 Uhr im Lokal „Goldener Schwan“, Kupferstraße 22/23 Bräunchen-Verein in Vorkonferenz. Tagesordnung: 1. Bericht. 2. Wird der Tarif von allen Arbeitgebern gehalten.

Eisen-, Metall- und Revolver-Dreher und Dreherinnen. Sonntag, den 26. März, Vormittags 10 1/2 Uhr: Branchen-Verammlung im Zimmer 2 des Gewerkschaftshauses, Waagstraße 17. Tagesordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Genossen Schäfer über: Alt-Preussens Kultur. 2. Branchenangelegenheiten.

Die Mitglieder der Ortskrankenkasse der Schneider, auch die Arbeitsfähigen, werden zum Besuch der Alkoholausstellung mit Vortrag für Donnerstag, den 23. März, Abends 7 Uhr, nach der Hainzerstraße 14 (Feuerwehrturmhalle) eingeladen.

Verein Frauenwohl. Donnerstag, den 23. März, Abends 8 1/2 Uhr, in der Aula des Magdalena-Konvents Vortrag von Fräulein Julie Kaffowitz aus Wien über das Thema: Neue Bundesgenossen der Frauenbewegung.

Vereinigte Theater. Stadt-Theater Mittwoch gelangt die Oper „Königskinder“ von Humperdinck zur Aufführung. Donnerstag: „Der Waffenschmid“. Als Stadienger führt Herr Fischer sein Gastspiel auf.

Schachspielhaus. Mittwoch wird die erfolgreiche Operette „Der ledige Gatte“ von Wanda gegeben. Donnerstag geht die hier seit langem nicht mehr gegebene Operette „Die Glocken von Cornoville“ von Marquette mit den Damen Helig, Heinrich, den Herren Brandl, Gayer, Leys, Neel in Szene.

Opfer einer Spirituslocher-Explosion. Die 64 Jahre alte, Kavaliersstraße 25 wohnende Frau Anna Müllner beging heute früh die Verheerung, in ihrem brennenden Spirituslocher Spiritus nachzugeben, ohne sich vorher vergewissert zu haben.

Selbstmord durch Vergiftung. Heute früh wurde der 15-jährige, Antonienstraße 4 wohnende, Alfred Sperling in seinem Zimmer tot aufgefunden.

Strafverurteilung. Am Montag fuhr auf dem Domänenplatz ein Kavalierslocher an einen einpännigen Fleischwagen an; das Pferd kam zu Fall und erlitt durch herannahende Glasplitter Verletzungen am Knie, während die Deichsel des Wagens zerbrochen wurde.

Verunglückte Radfahrer. Am Montag wurde auf der Herzogstraße ein Radfahrer von einer Droste von hinten her angefahren und zu Boden geworfen; er erlitt bedeutende Verletzungen an den Händen, an dem linken Oberarm und am Kopf.

Verunglückte Radfahrer. Am Montag wurde auf der Herzogstraße ein Radfahrer von einer Droste von hinten her angefahren und zu Boden geworfen; er erlitt bedeutende Verletzungen an den Händen, an dem linken Oberarm und am Kopf.

Baumfäll. Auf dem Grundstück Matthiasstraße 204/208, wo ein Baum gefällt wird, geriet am Montag ein Arbeiter beim Weiterziehen eines leeren Brettenwagens mit den Füßen unter ein Hinterrad, das über beide Räder hinwegging und so starke Quetschungen herbeiführte, daß der Verunglückte in das Augustahospital überführt werden mußte.

Kleidungsstück. Vor einigen Tagen sind in der Mißstraße von Handwagen Rollen mit Damennamantelstoff gestohlen worden.

Schanksturz. Am hellen Tage, Montag Nachmittags zwischen 3 und 4 Uhr ist auf dem Ritterplatz der Schankkasten eines Anweilergelächts in der Weise erbrochen worden, daß man eine Glasflasche mit einem Diamant herausgeschleudert hat; der Dieb hat dann aus der Kasse 8 Ringe im Werte von 400 Mk. entwendet.

Gefunden wurden ein Fingerring mit blauem Stein, ein Portemonnaie mit Inhalt, ein Opengläs, ein Staterdiamant und ein silbernes Ketten mit Anhänger.

Gingefandt.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir die Namen der Ausfindenen aus unterm Verzeichnisse, in die wir mit der verheerlichen Verantwortung übergeben haben.)

Ein Arbeiter-Athleten-Verein hat sich vor kurzem in Breslau gebildet, der sich die körperliche Ausbildung seiner Mitglieder durch zweckdienliche Übungen zur Aufgabe macht.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Wenig a. O., 22. März. Schiffbruch. Ein Obergahn ist an einem Brückenpfeiler angefahren und kam zum Sinken. Die Ladung von etwa 6000 Zentnern Kohle dürfte zum großen Teil verloren sein.

Glonau, 22. März. Aus der besten aller Welten. Kürzlich verstarb in Herbau der Bauer Binder, der längere Zeit krank war, hinterließ eine Frau mit zwölf Kindern, von denen acht unermündlich sind.

Grünberg, 22. März. Die Eifersucht. Einen Mordversuch unternahm Sonntag Abend ein Steinmetz aus Hagen gegen einen Fleischergesellen. Der Steinmetz unterhielt mit einer Fabrikarbeiterin schon seit mehreren Monaten ein Liebesverhältnis, welches diese aber wegen der gewalttätigen Natur ihres Liebhabers löste.

Kattowitz, 22. März. Hares und mildes Urteil. Die Gazeia Kobornica hatte vor einiger Zeit den Vorstehenden der Polnischen Berufsvereinigungen Solinski in einem Artikel abgefertigt, der eine Erwiderung auf einen vorhergehenden Angriff Solinskis darstellte.

Kattowitz, 22. März. Ein Revolverattentat. Am Montag Vormittags zwischen 10 und 11 Uhr auf Paulinestraße ist den Beraberwalter Giersch verurteilt worden.

Wentzen O.S., 22. März. Tödlicher Unfall. Montag Vormittags überfuhr auf der Hoberger Chaussee ein Bierwagen den Schuttmacher Weiß. Unerhörterweise ließ der Fuhrmann den Schwerverletzten hilflos liegen.

Gleiwitz, 22. März. Unterschlagungen. Von der biesigen Stadtkammer wurde der Bankbuchhalter Knipper, der vor kurzem 11.000 Mark, die ihm zum Ankauf von Papieren übergeben worden waren, für sich verwandt hatte, zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Posen, 22. März. Opfer der Soldatenspieler. Auf der Laurentiusstraße in Bimars spielten am Sonntag eine Anzahl Soldaten Soldaten. Die Jungen kamen ziemlich hart aufeinander und die Schlacht endete in einer Keilerei.

Neueste Nachrichten.

Entdeckung eines Goldlagers in Tirol. Innsbruck, 21. März. Wie die „Tiroler Stimmen“ melden, wurde im Flett ein Goldlager entdeckt.

Die Konsekrativen gegen die eltsässische Verfassung.

Frankfurt a. M., 22. März. Einem Berliner Telegramm der „Frankfurter Zeitung“ zufolge verleiht, daß die Konsekrative Fraktion heute eine scharfe Erklärung gegen die ganze eltsässische Verfassungsaktion veröffentlichten wird, die insbesondere die mangelnde Wahrung der monarchischen Interessen kritisiert soll.

Sturmzeiten in der Kammer.

Paris, 21. März. Bei der Beratung des Prebits für die Schaffung eines Unterstaatssekretariats im Justizministerium begründete Berichterstatter Cherbon die Schaffung dieses Postens vom juristischen Standpunkte aus.

Im weiteren Verlaufe der Debatte, in der der Herzog von Rohan (Rechts) gegen die Schaffung des Unterstaatssekretariats protestierte, während der Sozialistich-Abdualo Long sich dafür aussprach, bemächtigte sich des Hauses große Unruhe und die Redner wurden häufig unterbrochen.

Grubenkatastrophe.

Zrier, 22. März. Auf dem Tödlinger Werk führte ein Förderkorb in die Tiefe, als vier Schloffer darin eine Reparatur vornahmen. Einer von diesen war sofort tot, die anderen wurden tödlich verletzt.

Die Ministerrats in Italien.

Paris, 22. März. Nach einer „Matin“-Nachricht aus Rom hat nach einer halbseitigen Unterredung mit dem König, die im Laufe des vorigen Abends stattfand, Giolitti offiziell angenommen, sich an der Neubildung des Kabinetts zu beteiligen.

Feuer im Kinderhospital.

London, 22. März. Aus Perth wird gemeldet: In einem Flügel des Grischolschospitals brach gestern plötzlich ein Feuer aus. Die Abteilung für Kinder befand sich in großer Gefahr, da das uns über gebaute Haus bereits vollständig wurde.

Wasserstands-Nachrichten der Ode.

Table with 10 columns: Station, Pegel, Datum, etc. showing water levels at various stations along the Ode.

Bersammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus. Mittwoch, den 22. März: Buchdrucker-Versammlung im Saal. Arbeiter-Nachfahr-Verein. Versammlung, Zimmer 1.

Donnerstag, den 23. März: Bäcker. Nachm. 3 Uhr: Defensiv-Versammlung im Saal. Französischer Unterricht. Billardzimmer.

Sonntag, den 25. März: Geld- und Silberarbeiter. Vergeltung. Verband der Kupferschmiede. Abends 8 Uhr: Versammlung, Zimmer 3/4.

Dienstag, den 4. April: Strajelowitz-Abend. Der große Saal des Gewerkschaftshauses ist an folgenden Tagen zur Abhaltung von Rängen oder Bersammlungen noch zu vergeben:

Table with 2 columns: Day, Date. Listing available dates for hall rental.

Wir bitten die Gewerkschaften und Vereine, die auf einen dieser Tage reflektieren, recht bald dem Unterzeichneten Mitteilung zu machen. Die Lokalkommission. J. A. Friedrichs.

Sozialdemokratischer Verein Breslau (Sond).

Reinmarkt. Saalbisitit 8. (Mittwoch, Maria-Göthen, St. Markberg, Germaniahaus am Arnoldshöhe. Sonntag, den 26. März, Nachmittags 3 Uhr: Mitglieber-Versammlung in Schmiedefeld bei Parole.

Preussisches Abgeordnetenhaus.

Abend Sitzung, Montag, den 20. März.

Im Ministerium: Schomburgk. Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des Berggesetzes. Anwesend sind etwa 20 Abgeordnete, 130 Abgeordnete fehlen.

Abg. Hoffmann (Soz.):

Verehrte Abwesende! (Heiterkeit.) Von einer Erhöhung der Löhne der Bergarbeiter kann nicht gesprochen werden. Und doch beruht der Wohlstand der Nation nur auf den Schultern der fleißigen deutschen Arbeiter. Dafür belohnt man die Arbeiter mit neuen direkten Steuern. Der Staat sollte mit guten Löhnen vorangehen. Statt dessen geht man nur damit in der Welt herum, wenn es sich um reaktionäre Maßnahmen handelt. Der Staat ist viel zu ängstlich aufgestellt. Die Produktion an Kautschuk noch bedeutend gesteigert werden. (Abg. Spitzing: Und der Absatz?) Kommt noch, Sie werden voll befriedigt werden. (Heiterkeit.) Der Staat hat öffentliche Interessen geblüht, indem er Eruben antaufte, die schon dem Privatkapital nichts einbrachten. Die Verkäufer sind natürlich, wenn der Staat sich mit den ertraglosen Eruben abplagt, sehr zufrieden. Der Förderung des Absatzes dient der Korruptionfonds mit seinen 5 Millionen Mark. (Zurufe im Zentrum.)

Sie sollten doch ruhig sein, denn Herr Dr. A. S. hat ja die Eierbeule aufgeschoben. Wenn Sie das jetzt nicht tun, können Sie mir Leid tun. (Heiterkeit.) Wie! diesen Preis von 1000 Mark für den Fund der Land- und Seeweitere Wahlsonds. (Hört, hört! bei den Soz.) Selbst bürgerliche Blätter haben vom „Lüdergeruch“ gesprochen. (Zuruf rechts: „Berliner Tageblatt“!) Nein, es ist die „Welt am Montag“. (Lachen rechts.) Ich begreife Ihre Verlegenheitsreden. Vor untern Herren und Schlotbaronen klappt unsere Minister zusammen wie Laichmesser ohne Feder. (Lachen.) Der Fiskus ist der Privatindustrie in keiner Weise gewachsen, er wird ständig über den Haufen gehauen. (Heiterkeit.) Es sind oft dieselben Leute, die als Beamte nichts leisten, und nachher in der Privatindustrie geradezu Hervorragendes fertig bringen. Natürlich hat die Privatindustrie ein Interesse an der Unfähigkeit des Staates, denn der Staat darf nicht auf den vernünftigen Gedanken kommen, daß es das Beste ist, das ganze Bergwesen zu übernehmen. Trotz vermindelter Belegschaft ist die Produktion geblieben. Und da spricht man von einer Faulheit der Bergleute. An vielen Orten sind die Löhne sogar zurückgegangen trotz der zunehmenden Teuerung. Sogar ein Lohnarbeiter hat das zugeben müssen, die Schuld dafür aber dem Zentrum zugeschoben. Was sagen dazu die Herren J. B. und D. R.?(Zuruf: Lauter!) Sie sind doch politisch taub! (Heiterkeit.) Während die Löhne zurückgehen, steigen die Dividenden. (Unruhe rechts.) Ich muß Ihnen das sagen, selbst auf die Gefahr hin, daß Sie von Ihrem Stierohr nicht viel haben. (Heiterkeit bei den Soz.) Zur Erklärung der niedrigen Löhne im Saarrevier wird die landwirtschaftliche Nebenbeschäftigung angeführt. Der Minister möge sich einmal diese großen Landes ansehen. Und die Hausseigentümer sind an den Fiskus gefesselt, härter wie ein Eisenriegel. (Zustimmung bei den Soz.) Und sie bleiben nur Hausseigentümer, wenn sie sich gut führen. (Sehr richtig! rechts.) Gute Führung heißt hier: gute Organisation. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wer einmal abgelegt ist, bekommt innerhalb eines Jahres bei keinem fiskalischen Wert mehr Arbeit. (Hört, hört! bei den Soz.) Die Bergarbeiter müssen sich also duden und jeder Wille führen. Ein Staatsbergarbeiter im Saarrevier würde für sechs Schichten abgelegt, weil er einen Vorarbeiter nicht gräßlich hatte. Das ist brutal und gemein zugleich. (Sehr wahr! bei den Soz. — Lachen rechts.) Was wissen Sie von dieser Kol eines Familienvaters mit neun kleinen Kindern! (Lachen rechts.) Er hätte wohl bei Frau v. D. v. P. sich Rat holen sollen? Ein anderer Bergarbeiter wurde gemagt, weil er einen Redakteur der „Bergarbeiterzeitung“ die Hand gegeben hatte. Der Mann war nach gar kein Sozialdemokrat, sondern Mitglied des Reichsbannervorstandes. Heute ist der Mann Sozialdemokrat. (Zuruf rechts: Na, also!) Als Partei könnten wir auch sehr zufrieden sein mit dieser Entscheidung. Aber wir protestieren gegen solche Maßregelungen. (Bravo! bei den Soz.) Der christliche Gewerbeverein ist das Feigenblatt der Grubenverwaltung. Das geht aus vielen Vorkommnissen direkt hervor. (Zuruf im Zentrum: Namen nennen!) Ich kann die Leute doch nicht auf den Tisch des Hauses niederlegen. (Heiterkeit.) Sie sind doch sonst nicht so unglücklich! Mäßigung und Erpressung werden an den Arbeitern begangen. Der faarabische Terrorismus ist ja direkt sprachlos. Ein Arbeiter wurde von den Christlichen demunziert, weil er an der Geburtsfeier des Landesherrn nicht teilgenommen hatte. (Hört, hört! im Zentrum.) Herr Bronowski hat für sein kurzes Auftreten gegen uns das verdiente Lob der Herren bekommen. Das ist ein Rätselspiel für ihn. (Unruhe im Zentrum.) Das ist die Ausstattung für die Zentrumsvorleiter. Im Reichstag sagte vor einigen Jahren der Abg. G. S. mir, man müsse sich bei den Schämern, ein Preuß zu sein. (Hört, hört! bei den Soz.) Jetzt, zur Zeit des schwarzen Blodes, hat das Zentrum das Schamgefühl im Sekretariat der Konservativen abgegeben. (Heiterkeit.) Die Grubenverwaltungen drängen geradezu durch Provokationen zum Streik, und dann spricht man von der Rebe der Gewerkschaften. Wie kann man die berechtigten Lohnforderungen der Arbeiter ablehnen, wenn man die Bewilligung von 3 1/2 Millionen erhob? (Sehr gut! bei den Soz.) Die Christlichen zerstückeln die einheitliche Gewerkschaftsbewegung. Es ist eine unwürdige Komödie, eine Lohnreduktion von 15 Prozent zu verwerfen, wenn das Zentrum im Reichstag die Bergarbeiter viel höher allein mit Steuern belastet hat. Wie lange werden es sich die Arbeiter noch gefallen lassen, von Ihnen zum Zentrum zu betrogen und verkauft zu werden? Es ist ja im Ruhrgebiet alles schon im Gange gewesen; man hat bereits Kaufgewehre bereitgestellt, hauptsächlich für die Singschöre Streiklager. Das ist der letzte Schuß, wenn nichts mehr helfen will: der Säbelhieb, der Klitoris, die machen den Stummeln! Bergarbeiter, die als Lohnkellner am Sonntag nebenbei etwas verdienen, werden gemagt, wenn sie die Wirtin aushehlen, bei denen Gewerkschaftler bestehen. Die Herren von „Geldhats Gnaden“ treten das gesetzlich gewährte Wahlrecht der Bergarbeiter mit Füßen. Herr Arendt meint ja, im Mansfeldischen Gebiet sei keine Organisation nötig, weil nur ein Arbeitgeber da sei. Gerade dort ist eine Organisation nötig. Das war auch die Ansicht des ehemaligen Ministers Bergedorf. Der Streik im Mansfeldischen war eine Kulturrät. Es war kein verlorenen Streik; er brachte Licht und Luft in die Mansfeldischen Gefilde und die Liebe zur Freiheit. Herr Arendt achte, daß er nicht unter den roten Wahlwagen gerät, daß er nicht die Leichenbitterrolle übernehmen muß, wenn der reichsdeutsche Verband im Mansfeldischen zu Grabe getragen wird. Auch ein Wochenspruch mit dem Sage: „Unser Kandidat ist christlich geboren“ wird bei den Arbeitern nicht mehr zielehen. (Zuruf des Abg. v. Pappenheim: Das ist doch zu viel!) Man hat Leute zum Landfriedensbruch verleitet. (Abg. v. Pappenheim: Ein Umzug landfriedensreich!) Das meine ich auch; Sie meinen doch die Mansfeldischen. Wir ist es auch nicht angenehm, hier so lange reden zu müssen.

Wenn wir Regierungspartei wären, brauchen wir keine so langen Reden zu halten. (Abg. v. Pappenheim: Unbedingt!

Lauter unbewiesene Behauptungen!) Die Einrichtung der Sicherheitsämter ist eine Affäre, bei der den Sicherheitsmännern zugunsten wird. Berall an ihren eigenen Brüdern zu üben. Der Redner bezieht sich weiter auf den Inhalt christlicher Flugblätter. (Präsident v. Kroeger: Sie dürfen nicht soviel vorlesen.) Ich zitiere ja nur. (Präsident v. Kroeger: Ich bitte meinen Anordnungen zu folgen.) Ich will nur erklären, weshalb ich das habe vorlesen müssen. (Präsident v. Kroeger ruft den Redner zur Ordnung. — Weisfall rechts.) Auswendig lernen kann ich doch nicht alles, aber vorlesen darf ich auch nicht! Die Sicherheitsmänner müssen alles in Ordnung finden, sonst werden sie entlassen. Sogar falsche Eintragungen werden zu diesem Zwecke gemacht. (Lache rechts: Lauter!) Ich spreche so laut, daß das ganze preußische Volk es hört. Der Stempel der jetzigen Sicherheitsmänner muß ein Ende nehmen. Wenn ein zweites Mordverbrechen erfolgt, die Mehrheit des Hauses und die Regierung tragen die Verantwortung. Die mehr als 300 Weichen in Mordbühnen sollten vor Augen stehen. Die Sicherheitsmänner riskieren, wenn sie die Wahrheit sagen, gemagt zu werden.

Das Zentrum wird seine Unthätigkeit schon erhalten; Kampfen-Innenstadt war ein Vorwurf. Der christliche Verband geht ja auch beträchtlich zurück. Die Bergarbeiter haben die Schwärzflüster durchschaut. Sie werden sich aber auch nicht auf die nationalliberale Schlackbank führen lassen. Das Zentrum ist schon geworden. Der Papst braucht die christlichen Gewerkschaften nicht mehr zu verdrängen. Die Bergarbeiter schaffen Millionen an Werten. Nun wollen die Christlichen ihnen das Streckrecht nehmen. Das wird ihnen nicht gelingen, dafür ist die freie Gewerkschaftsbewegung zu stark geworden. Spannen Sie den Bogen nicht zu straff, er könnte springen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Sauermann (Str.): Die Rede war durch keinerlei Sachkenntnis getriebe. Aber man kann ja nicht auf jedem Gebiet Spezialist sein. Bisher hörten wir Herrn Hoffmann nur als Sachverständigen über Kultusangelegenheiten. (Heiterkeit.) Aber vielleicht wäre der staatliche Bergbau rentabler, wenn Herr Hoffmann Bergwerksdirektor wäre. (Heiterkeit.) Die Sozialdemokratie schließt sich auf uns. Das verbitten wir uns. Die Sozialdemokratie treibt die Hebe und bricht den Streik vom Jan. (Abg. Reiner: Lüge!) — Vizepräsident Dr. Forst ruft den Abg. Reiner zur Ordnung.) Die Sozialdemokratie ist die richtungsfähigste Partei. (Lachen bei den Soz.) Ein Antrag wird angenommen. Nach kurzer Spezialdebatte wird die Weiterberatung auf Dienstag 11 Uhr vertagt. Außerdem kleinere Stats. Schluß 11 1/2 Uhr.

Sitzung vom 21. März 1911.

Das Abgeordnetenhaus hat am Dienstag die zweite Lesung des Stats beendet. Da es ganz abgeschlossen ist, daß die dritte Lesung und die Herrenhausberatung noch bis zum 1. April erledigt werden, wurde gleichzeitig das sogenannte Nozgeis zum Statsgesetz angenommen. Es ist jetzt Regel, daß der preussische Stats nicht rechtzeitig fertig wird. Schluß darauf trägt die Regierung, die den Landtag zum äußersten zulässigen Termin einberufen hat. Aus der Debatte ist hervorzuheben, daß bei der Beratung des Berggesetzes eine Keilbe von Zentrumrednern gegen die Sozialdemokratie polemisierte aber auch sie mußten zugeben, daß die Löhne der Bergarbeiter außerst gering sind. — Der Stats des Abgeordnetenhauses gab unserem Genossen Reiner Vertanlassung über die Wahrung der Abgeordneten durch die Regierung zu sprechen. Die Regierung antwortete darauf nicht. Nach dem Wünsche der Mehrheit sollte die dritte Lesung bereits am Mittwoch beginnen. Freistimmige, Polen und Sozialdemokraten durchkreuzten diesen Plan, indem sie auf Grund der Geschäftsordnung die Gewährung einer dazwischen liegenden Frist von zwei Tagen verlangten. Die dritte Lesung kann also erst am Donnerstag begonnen werden.

Deutscher Reichstag.

153. Sitzung, Dienstag, den 21. März, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsrat: Dr. Debrick. Präsident des Rath: Schwertin-Schwitz: Meine Herren (die Abgeordneten erheben sich!) Am 21. März 1871 der damalige Alterspräsident v. Franckenberg-Ludwigsdorf die erste, so habe ich heute nach 40 Jahren die Ehre, die 1425. Sitzung des deutschen Reichstages zu eröffnen, was Sie wohl interessieren wird. (Allgemeine große Heiterkeit.)

Die Witwen- und Waisenversicherung. Auf der Tagesordnung steht die erste und eventuell zweite Beratung des Gesetzentwurfs betr. Abänderung des § 15 des Pensionsgesetzes und des § 2 des Gesetzes über den Hinterbliebenenversicherungsfonds und den Invalidenfonds. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens der Hinterbliebenenversicherung soll vom 1. April 1911 an der 1. Januar 1912 verschoben werden. Abg. Dr. Mugdan (Spl.): Der Entwurf bedeutet nichts weniger, als daß wieder einmal ein leierlich gegebenes Versprechen nicht eingelöst wird. (Sehr richtig! links.) Ich habe früher schon einmal von einer

papiernen Sozialpolitik des Zentrums gesprochen, die Vorlage beweist, wie recht ich damals hatte. (Sehr richtig! links.) Als am 9. Dezember 1909 der gleiche Entwurf herverhandelt wurde, betonte ich, daß der Termin des 1. April 1911 doch nicht eingelöst werden würde. Wer gibt Ihnen (zum Zentrum) die Garantie, daß jeder der Termin eingehalten wird? Das Zustandekommen der Reichsversicherungsordnung ist ganz unzweifelhaft, und deshalb sollte man einem Gesetzentwurf nicht zustimmen, der die's Zustandekommen zur Voraussetzung hat. (Sehr richtig! links.) Die Regierung und die regierenden Parteien sollten alles daran setzen, daß 1903 gestattete Versprechen jetzt endlich eingelöst werden, und daß erst, wenn die Hinterbliebenenversicherung ist fix und fertig und kann für sich aus der Reichsversicherungsordnung finanziert werden. Wir werden daher für den Entwurf nur stimmen, wenn das Datum des 1. Januar 1912 ersetzt wird durch den 1. Oktober 1911. (Weisfall links.)

Abg. Sandmann (natl.): Wenn dem Gesetzentwurf nicht zugestimmt wird, können wir die Hinterbliebenenversicherung nicht bekommen, denn sie erfordert jährlich 66 Millionen, während nur 46 1/2 da sind. Wir werden alles tun, um die Reichsversicherungsordnung unter Dach und Fach zu bringen und dadurch bekommen auch die Hinterbliebenen, was ihnen gebührt. (Weisfall rechts, im Zentrum u. b. d. Reil.)

Abg. Trimbom (Centr.): Ohne die Per-Trimbom hätten wir uns überhaupt noch nicht über die Hinterbliebenenversicherung zu unterhalten; deshalb kann man doch nicht von einer papiernen Sozialpolitik des Zentrums sprechen. Die Inkraftsetzung des Stats bedeutet weiter nichts wie jedes Nozgeis beim Stat. (Sehr richtig! im Centr.)

Abg. Graf Westarp (Nat): Der für die Witwen und Waisen wirklich etwas tun will, muß dafür sorgen, daß die Reichsversicherungsordnung zustande kommt. Wir wollen das tun und werden auch daher diesen Gesetz zustimmen. (Bravo rechts.)

Abg. Wolkenbühr (Soz.): Das ist ein guter Rat, denn hier ja nicht zum ersten Male der Herr Trimbom nimmt für die Regierung ein und führt sie durch die Per-Trimbom die Frage der Witwen- und Waisenversicherung überhaupt erst in Fluss gebracht zu haben. Das ist eine Legende. Freiber v. Stumm war darin bedeutend weitergegangen; am 10. Mai 1899 beantragte er, die Regierung solle einen Entwurf vorlegen, durch welchen im Anschluß an die Invaliden-Versicherung die Witwen- und Waisen-Versicherung für die versicherten Personen eingeführt wird. Acht Tage später beantragte das Zentrum, die Witwen- und Waisenversicherung nur für die in Fabriken beschäftigten Personen, also unter einer strengen Einschränkung einzuführen. Die Mehrheit des Reichstages nahm aber den Antrag Stumms an, sodaß die Per-Trimbom zur Einführung einer Hinterbliebenen-Versicherung nicht nötig gewesen wäre. (Sehr richtig! links.) Uebrigens ist diese ganze Per-Trimbom und ihre Gesichte die ärgste Kritik an der Sozialpolitik des Zentrums. Zunächst ver sprach der Abgeordnete Herold, daß die Mehreträge der gesamten landwirtschaftlichen Böden für die Hinterbliebenen-Versicherung angeeignet werden sollten. Dann schränkte der Abg. Trimbom durch seinen ersten Antrag in der Kommission dieses Versprechen ein und verlangte, daß nur die Mehreträge aus den Böden für Roggen, Weizen, Gerste, Hafer, Vieh, Fleisch, Butter, Eier, Käse, Wehl und sonstige Mägenprodukte für die Hinterbliebenen-Versicherung angeeignet würden. Das Zentrum ging so weit, weil es nicht auf die Annahme des Antrages rechnete. Aber wider Erwarten fand der Antrag in der Kommission eine Mehrheit und da verfiel die letzte Per-Trimbom im Plenum selbst, ohne jeden äußeren Anlaß, seinen Antrag noch einmal (Hört, hört! bei den Soz.), indem er die Mehreträge aus Gerste, Hafer, Butter, Eier und Käse aus dem Antrag herausstreichte und statt „Mehreträge“ setzte. Mehreträge pro Kopf der Bevölkerung, wodurch dem Reich bei der steigenden Bevölkerungszahl steigende Einnahmen gesichert werden. Wenn wir uns nun den Stat daraufhin ansehen, so finden wir die sehr schöne Ueberschrift „Zur Kapitalanweisung behufs Einlösung einer Witwen- und Waisen-Versicherung“. Wirklich sehr nett. Dann folgt erste Spalte für 1911: Gedankenstrich. Für 1910: Gedankenstrich, mithin mehr: Gedankenstrich, mithin weniger: nochmals ein Gedankenstrich. Dies 4 Gedankenstriche sind das große erfüllte Versprechen des Zentrums für die Witwen und Waisen.

Auf diese vier leeren Rubriken verweisen die die Witwen und Waisen. Sie lagen, die Mittel fehlen. Das ist doch aber Ihre Schuld. In den Jahren 1909 und 1910 hat das Reich für die Einzahlung 47 1/2 Millionen Mark bezahlt, mehr für die Witwen und Waisen angeeignet ist. Früher rechneten Sie in Ihren sozialpolitischen Flugblättern vor, daß bis zum Jahre 1910 400 Millionen Mark angeeignet sein würden, die würden 14 Millionen Zinsen geben, und dann käme eine weitere Anweisung von 66 Millionen jährlich, sodaß damit eine Hinterbliebenen-Versicherung ohne Beitrag der Arbeitgeber eingeführt werden könnte. (Hört, hört! bei den Soz.) Als ich das damals kritisierte und sagte, in manchen Jahren würde nichts übrig bleiben, wurde mir erwidert: ... Vizepräsident Dr. Spahn: Diese Ausführungen bewegen sich nicht auf dem Boden der Vorlage. Ich bitte Sie, abzubrechen. (Zuruf links: Unersbört!)

Abg. Wolkenbühr (Soz.): Dann will ich nur noch bemerken, daß auch das nicht erfüllt wird, was im § 15 des Pensionsgesetzes versprochen wurde, denn von 2 1/2 Millionen Witwen werden nur 150 000 eine Rente erhalten, außerdem werden 56 Millionen Mark an Beiträgen erhoben, denen eine überaus geringe Rente gegenübersteht. — Zum Schluß bemerke ich, wir lehnen die Vorlage ab, um an Wenigen zu beweisen, welchen inneren Wert die ganze Per-Trimbom hat. (Red. Bravo! b. d. Soz.)

Abg. Schück (Sp): Meine Freunde werden der Vorlage zustimmen; der jetzige Augenblick ist gerade geeignet für ein solches Nozgeis.

Abg. Trimbom: Unsere Besprechungen halten wir; wir haben erklärt: ohne Witwen- und Waisenversicherung kein Zollarsch und an diesem Standpunkt halten wir auch heute noch fest. (Red. Bravo! im Centr.)

Abg. Wolkenbühr (Soz.): Herr Trimbom gegenüber bemerke ich, daß ich mir garnicht denken kann, weshalb er seinen Antrag ohne jeden äußeren Anlaß auf die Hälfte reduziert hat, wenn es ihm mit seinem ersten Antrage wirklich ernst gewesen wäre. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Abg. Katerdski (Vot): Meine Freunde werden dem Gesetzentwurf nicht zustimmen, wir verlangen, daß den Witwen und Waisen das genehene Versprechen gehalten wird.

Abg. Trimbom: Die haben letztendlich weniger beantragt, wie der Abg. Freiber v. Stumm, weil wir übereinstimmen waren, daß auf der breiten Grundlage des Stummschen Antrages aus der Sache nichts werden würde. Die Tatsachen haben uns recht gegeben. Auch die Redigierung meines ersten Antrages entsprach der Befürchtung, daß er im Plenum des Reichstages keine Annahme finden würde.

Abg. Wolkenbühr: Damals hat das Zentrum eine solche Befürchtung nicht gehabt, eher das Gegenteil. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Abg. Wehren (Wirtsf. Bgg.): Wie werden die Vorlage annehmen, weil wir die Reichsversicherungsordnung zustande bringen wollen und zu dem Reichstage das Vertrauen haben, daß er sie zustande bringt. (Bravo! rechts.)

Damit schließt die Debatte. Da Kommissionsberatung nicht beantragt ist, wird die zweite Lesung sofort vorgenommen. Hieran liegt ein Antrag Mugdan (Sp.) vor, statt des Termins 1. Januar 1912 den Termin 1. Oktober 1911 zu setzen.

Abg. Dr. Mugdan (Sp.): Die Dinge liegen keineswegs so, daß die Hinterbliebenen-Versicherung entweder mit der Reichsversicherungs-Ordnung zusammen oder mit den vorhandenen 46 1/2 Millionen durchgeführt werden muß. Es ist nicht gut, die Bevölkerung in den Glauben zu verleben, daß die Reichsversicherungsordnung hier glatt durchgehen wird. Ich wünsche, daß eine Witwen- und Waisenversicherung unter allen Umständen bis zum 1. Oktober 1911 eingeführt wird. Das Schicksal der Reichsversicherungs-Ordnung wird sich bis zum Juli entscheiden haben, sollte sie nicht zustande kommen, so ist dann noch Zeit, die Hinterbliebenen-Versicherung für sich zu regeln.

Abg. Wecker-Krubsberg (Centrum): Die Hinterbliebenen-Versicherung getrennt von der Reichsversicherungs-Ordnung zu verabschieden, ist ein Ding der Unmöglichkeit, das sollte Dr. Mugdan als Mitglied der Kommission für die Reichsversicherungs-Ordnung doch wissen.

Abg. Dr. Mugdan: Ich verpflichte mich, die Heranarbeitung der Hinterbliebenen-Versicherung aus der Reichsversicherungs-Ordnung an einem einzigen Tage zu vollziehen.

Staatssekretär Dr. Debrück: Wenn selbst aus formalen Gründen die Verabschiedung einer Hinterbliebenen-Versicherung bis zum 1. Oktober möglich wäre, so könnte sie doch nicht sofort in Kraft treten, die Versicherungsanstalten müßten doch Zeit haben, sich darauf einzurichten. Wenn übrigens der Abg. Dr. Mugdan meint, falls die Reichsversicherungs-Ordnung ohne Versäulen der Regierung scheitern würde, würde die Regierung ganz von selbst einen Gesetzentwurf über die Hinterbliebenen-Versicherung einbringen, so irr er sich. (Hört, hört, hört! links.)

Es wird von den Parteien Recht und billig sein lassen. Unter solchen Umständen kommt eben das heraus, was schließlich hier ausschlaggebend ist, ein Berg von lauter Scherben. (Sehr richtig! links.)

Abg. Dr. Veitbrück: Natürlich, wenn man sich auf den Moment freut, wo man vor einem Berg von Scherben steht. (Sehr richtig! links.) In der die folgenden Reden des Redners zu hören. Ich muß dagegen protestieren, daß an den Schwierigkeiten der Verabschiedung der Veranschlagung der Regierung allein oder wesentlich die Schuld liegt. Bei einem Parlament, dessen Parteien so verschiedenartig sind, kann die Regierung einen so komplizierten Entwurf mit 1760 Paragraphen nicht vorher vereinbaren. In den großen Richtlinien hat die Kommission den Entwurf beibehalten. (Zustimmung rechts und im Zentrum, Widerspruch links.) In einzelnen Punkten haben wir einen Kompromiß schließen müssen, weil bei den vielen beteiligten Parteien es unmöglich ist, eine solche Vorlage aus einem Guß durchzuführen.

Abg. Dr. Veitbrück: Herr Rugebauer will, daß die Regierung Führer der Parteien sei; wir meinen, das Parlament soll sich Weg und Ziel selbst suchen. Ich mit Herrn Rugebauer über die Artfrage zu verhandeln, das Kunststück bringt kein Staatsrechtler fertig. (Sehr gut! i. Mitt.)

Abg. Dr. Rugebauer: Dies Beispiel war recht ungeschickt, denn gerade die Artfrage ist meinen Anregungen entsprechend geregelt worden. (Sehr richtig! links.)

Abg. Dr. Veitbrück: Die Regelung der Artfrage entspricht nicht den Wünschen des Dr. Rugebauer, sondern denen des Reichstags. (Sehr richtig! und gr. Mitt.)

Damit schließt die Debatte.

Die Vorlage wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Volkspartei und der Polen angenommen.

Die Kalitpropagandagebilde.

Bei der Verhandlung kommen nun die noch ausstehenden Titel aus dem Etat des Reichsanwalts des Kanera über die Verwendung der Kalitpropaganda. Die Kommission hat eine Energieerklärung der Kalitpropaganda gegeben, die nach dem Etat auf 4.500.000 M. geschätzt wird. Unter andern sollen von den 1.100.000 M., die für wirtsch. Zwecke sowie für wissenschaftliche Arbeiten und Veranstaltung zur Gebung des Kalitpropagandas im Inland bestimmt sind, an landwirtschaftliche Korporationen, Genossenschaften und Verbände 600.000 M. gegeben werden.

Ein in der Kommission abgelehnter Antrag der Volkspartei liegt hierzu vor und fordert, daß Organisationen, die politische Zwecke verfolgen, weder mittelbar noch unmittelbar Propagandabehilfen erhalten dürfen.

Die Sozialdemokraten beantragen eine Resolution, worin die Regierung ersucht werden, dem Reichstag alsbald einen Gesetzentwurf zu machen, der das Kalitgesetz dahin abändert, daß die in ihm vorgesehene Abgabe mit der Maßgabe der Reichsliste aufgehoben wird, daß ihr Ertrag ausschließlich zur Verwendung für sozialpolitische Zwecke in dem Etat einzuführen ist.

Der Berichterstatter Herr v. Nitzsch (sonst.) hebt hervor, daß die Mehrheit der Kommission entschieden betriffen habe, daß dem

Bund der Landwirte

eine bevorzugte Stellung eingeräumt werden sei. Der Bund habe als solcher mit der Kalitpropaganda nichts zu tun, die von der vollständig selbstständigen Veranfassung betrieben werde. Die Kalitpropagandagebilde können nur an landwirtschaftliche Verbände gegeben werden, da nur sie imstande seien, die erforderlichen Schritte anzustellen. Dabei hätte die Kommission die Ausdehnung der Beihilfe auf andere Verbände abgelehnt.

Abg. Speck (Zentrum): In der Kommission waren die Parteien darin einig, daß die Verwaltung der Regierung in diesem Falle ungeeignet war. Die Kalitpropaganda ist ein sehr wichtiger Gegenstand. Die beliebige Eingabe der Verteilungsgeldsätze für 1910 ist geboten. Der Reichstag hat jedenfalls Anspruch darauf, daß die Verwendung der 1,8 Millionen, die aus dem Kalitgesetz der Regierung zur Verfügung stehen, ihm im einzelnen auseinandergesetzt und nachgewiesen wird. Sind die Ausgaben nicht im einzelnen spezifiziert, so ist eine Kontrolle unmöglich. Das Wort Ausgabe für Propagandazwecke hat etwas Unangenehmes. In der Kommission ist ja auch besprochen worden, daß die Kalitpropaganda mit einer gewissen Zweckmäßigkeit betrieben werden sollte. Aber diese Propaganda ist ein großer Vorteil für unsere Landwirtschaft. Sie hebt sie nicht bloß den Absatz zu steigern, sondern auch die Produktion zu vergrößern, wo und in welchen Mengen. Kündigungen und Qualitäten Kalit verwendet werden muß. Die Landwirtschaft hat das größte Interesse daran, daß die Kalitpropaganda in der bisherigen Weise weiter betrieben wird. (Sehr wahr! rechts und im Zentrum.) Die Inlandpropaganda für den Kalitpropaganda ist geradezu unentbehrlich. Am haben die Sozialdemokraten einen Antrag eingebracht, dessen Annahme die Inland- und Auslandspropaganda vollkommen unmöglich machen würde. Die äußerste Linie beantragt, daß die Maßgabe aus dem Kalitgesetz der Reichsliste für sozialpolitischen Zwecken übertragen werden soll. Es würde nichts mehr für die Kalitpropaganda übrig bleiben. Der es aber gut mit der Welt-Industrie und mit der Landwirtschaft meint, kann diese Propaganda nicht beibringen wollen. Der Gedanke, für die Reichsliste aus der Abgabe etwas mehr zu machen, ist an sich ja unüberwindlich hinderlich. (Sehr wahr! im Zentrum.) Für die Propaganda aber muß ein erheblicher Teil übrig gelassen werden. Der Antrag der Sozialdemokraten ist auch deshalb bedenklich, weil eine so radicale Veränderung des Kalitgesetzes nicht am Platze ist. Der Antrag will eine Erleichterung einführen, und die können wir im Kalitgesetz nicht. Die Bedürfnisse für die Durchführung der Sozialpolitik müssen aus den allgemeinen Einnahmen des Reiches bestritten werden. Bei der Verteilung der Gelder können nicht nur die großen landwirtschaftlichen Organisationen berücksichtigt werden, sondern alle ohne Ausnahme. Es müssen nur den Necessitäten führen, daß im Kalitgesetz nichts geändert werden soll und daß die das Geld nur für diesen Zweck verwenden. Am die Bedürfnisse erhalten das Geld, nicht der einzelne Bauer. Es ist daher bedenklich, wenn die Angehörigen der Landwirtschaft für sich selbst das Zentrum habe den sogenannten kalitische die Interessen der Bauern vertreten. Denn die Interessen der Bauern stehen in gar unmittelbarem Verhältnis zum Kalitgesetz, denn das Kalitgesetz ist ein wichtiges Hilfsmittel für die Produktion der Landwirtschaft. Ich halte den Antrag der Sozialdemokraten für eine ungünstige Abänderung, denn ein gebildetes Gesetz wird durch eine solche Abänderung in die Luft verweht. (Sehr wahr! rechts und im Zentrum.)

Abg. Dr. Speck: Herr Rugebauer will, daß die Regierung Führer der Parteien sei; wir meinen, das Parlament soll sich Weg und Ziel selbst suchen. Ich mit Herrn Rugebauer über die Artfrage zu verhandeln, das Kunststück bringt kein Staatsrechtler fertig. (Sehr gut! i. Mitt.)

Abg. Dr. Rugebauer: Dies Beispiel war recht ungeschickt, denn gerade die Artfrage ist meinen Anregungen entsprechend geregelt worden. (Sehr richtig! links.)

Abg. Dr. Veitbrück: Die Regelung der Artfrage entspricht nicht den Wünschen des Dr. Rugebauer, sondern denen des Reichstags. (Sehr richtig! und gr. Mitt.)

Damit schließt die Debatte.

Die Vorlage wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Volkspartei und der Polen angenommen.

Die Kalitpropagandagebilde.

Bei der Verhandlung kommen nun die noch ausstehenden Titel aus dem Etat des Reichsanwalts des Kanera über die Verwendung der Kalitpropaganda. Die Kommission hat eine Energieerklärung der Kalitpropaganda gegeben, die nach dem Etat auf 4.500.000 M. geschätzt wird. Unter andern sollen von den 1.100.000 M., die für wirtsch. Zwecke sowie für wissenschaftliche Arbeiten und Veranstaltung zur Gebung des Kalitpropagandas im Inland bestimmt sind, an landwirtschaftliche Korporationen, Genossenschaften und Verbände 600.000 M. gegeben werden.

Ein in der Kommission abgelehnter Antrag der Volkspartei liegt hierzu vor und fordert, daß Organisationen, die politische Zwecke verfolgen, weder mittelbar noch unmittelbar Propagandabehilfen erhalten dürfen.

Die Sozialdemokraten beantragen eine Resolution, worin die Regierung ersucht werden, dem Reichstag alsbald einen Gesetzentwurf zu machen, der das Kalitgesetz dahin abändert, daß die in ihm vorgesehene Abgabe mit der Maßgabe der Reichsliste aufgehoben wird, daß ihr Ertrag ausschließlich zur Verwendung für sozialpolitische Zwecke in dem Etat einzuführen ist.

Der Berichterstatter Herr v. Nitzsch (sonst.) hebt hervor, daß die Mehrheit der Kommission entschieden betriffen habe, daß dem

Bund der Landwirte

eine bevorzugte Stellung eingeräumt werden sei. Der Bund habe als solcher mit der Kalitpropaganda nichts zu tun, die von der vollständig selbstständigen Veranfassung betrieben werde. Die Kalitpropagandagebilde können nur an landwirtschaftliche Verbände gegeben werden, da nur sie imstande seien, die erforderlichen Schritte anzustellen. Dabei hätte die Kommission die Ausdehnung der Beihilfe auf andere Verbände abgelehnt.

Abg. Speck (Zentrum): In der Kommission waren die Parteien darin einig, daß die Verwaltung der Regierung in diesem Falle ungeeignet war. Die Kalitpropaganda ist ein sehr wichtiger Gegenstand. Die beliebige Eingabe der Verteilungsgeldsätze für 1910 ist geboten. Der Reichstag hat jedenfalls Anspruch darauf, daß die Verwendung der 1,8 Millionen, die aus dem Kalitgesetz der Regierung zur Verfügung stehen, ihm im einzelnen auseinandergesetzt und nachgewiesen wird. Sind die Ausgaben nicht im einzelnen spezifiziert, so ist eine Kontrolle unmöglich. Das Wort Ausgabe für Propagandazwecke hat etwas Unangenehmes. In der Kommission ist ja auch besprochen worden, daß die Kalitpropaganda mit einer gewissen Zweckmäßigkeit betrieben werden sollte. Aber diese Propaganda ist ein großer Vorteil für unsere Landwirtschaft. Sie hebt sie nicht bloß den Absatz zu steigern, sondern auch die Produktion zu vergrößern, wo und in welchen Mengen. Kündigungen und Qualitäten Kalit verwendet werden muß. Die Landwirtschaft hat das größte Interesse daran, daß die Kalitpropaganda in der bisherigen Weise weiter betrieben wird. (Sehr wahr! rechts und im Zentrum.) Die Inlandpropaganda für den Kalitpropaganda ist geradezu unentbehrlich. Am haben die Sozialdemokraten einen Antrag eingebracht, dessen Annahme die Inland- und Auslandspropaganda vollkommen unmöglich machen würde. Die äußerste Linie beantragt, daß die Maßgabe aus dem Kalitgesetz der Reichsliste für sozialpolitischen Zwecken übertragen werden soll. Es würde nichts mehr für die Kalitpropaganda übrig bleiben. Der es aber gut mit der Welt-Industrie und mit der Landwirtschaft meint, kann diese Propaganda nicht beibringen wollen. Der Gedanke, für die Reichsliste aus der Abgabe etwas mehr zu machen, ist an sich ja unüberwindlich hinderlich. (Sehr wahr! im Zentrum.) Für die Propaganda aber muß ein erheblicher Teil übrig gelassen werden. Der Antrag der Sozialdemokraten ist auch deshalb bedenklich, weil eine so radicale Veränderung des Kalitgesetzes nicht am Platze ist. Der Antrag will eine Erleichterung einführen, und die können wir im Kalitgesetz nicht. Die Bedürfnisse für die Durchführung der Sozialpolitik müssen aus den allgemeinen Einnahmen des Reiches bestritten werden. Bei der Verteilung der Gelder können nicht nur die großen landwirtschaftlichen Organisationen berücksichtigt werden, sondern alle ohne Ausnahme. Es müssen nur den Necessitäten führen, daß im Kalitgesetz nichts geändert werden soll und daß die das Geld nur für diesen Zweck verwenden. Am die Bedürfnisse erhalten das Geld, nicht der einzelne Bauer. Es ist daher bedenklich, wenn die Angehörigen der Landwirtschaft für sich selbst das Zentrum habe den sogenannten kalitische die Interessen der Bauern vertreten. Denn die Interessen der Bauern stehen in gar unmittelbarem Verhältnis zum Kalitgesetz, denn das Kalitgesetz ist ein wichtiges Hilfsmittel für die Produktion der Landwirtschaft. Ich halte den Antrag der Sozialdemokraten für eine ungünstige Abänderung, denn ein gebildetes Gesetz wird durch eine solche Abänderung in die Luft verweht. (Sehr wahr! rechts und im Zentrum.)

Abg. Speck: Darf man annehmen, daß die Herren des Reichstags die Stelle in der Reichsliste, die ihm nach der Stärke seiner Fraktion zukommt, nicht beansprucht, sondern erkläre, daß er später zu sprechen gedenke.

Abg. Speck: Herr Speck hat die Stelle in der Reichsliste, die ihm nach der Stärke seiner Fraktion zukommt, nicht beansprucht, sondern erkläre, daß er später zu sprechen gedenke.

Abg. Speck: Herr Speck hat die Stelle in der Reichsliste, die ihm nach der Stärke seiner Fraktion zukommt, nicht beansprucht, sondern erkläre, daß er später zu sprechen gedenke.

Abg. Speck: Herr Speck hat die Stelle in der Reichsliste, die ihm nach der Stärke seiner Fraktion zukommt, nicht beansprucht, sondern erkläre, daß er später zu sprechen gedenke.

Abg. Speck: Herr Speck hat die Stelle in der Reichsliste, die ihm nach der Stärke seiner Fraktion zukommt, nicht beansprucht, sondern erkläre, daß er später zu sprechen gedenke.

Abg. Speck: Herr Speck hat die Stelle in der Reichsliste, die ihm nach der Stärke seiner Fraktion zukommt, nicht beansprucht, sondern erkläre, daß er später zu sprechen gedenke.

Abg. Speck: Herr Speck hat die Stelle in der Reichsliste, die ihm nach der Stärke seiner Fraktion zukommt, nicht beansprucht, sondern erkläre, daß er später zu sprechen gedenke.

Abg. Speck: Herr Speck hat die Stelle in der Reichsliste, die ihm nach der Stärke seiner Fraktion zukommt, nicht beansprucht, sondern erkläre, daß er später zu sprechen gedenke.

Abg. Speck: Herr Speck hat die Stelle in der Reichsliste, die ihm nach der Stärke seiner Fraktion zukommt, nicht beansprucht, sondern erkläre, daß er später zu sprechen gedenke.

Abg. Speck: Herr Speck hat die Stelle in der Reichsliste, die ihm nach der Stärke seiner Fraktion zukommt, nicht beansprucht, sondern erkläre, daß er später zu sprechen gedenke.

Abg. Speck: Herr Speck hat die Stelle in der Reichsliste, die ihm nach der Stärke seiner Fraktion zukommt, nicht beansprucht, sondern erkläre, daß er später zu sprechen gedenke.

Abg. Speck: Herr Speck hat die Stelle in der Reichsliste, die ihm nach der Stärke seiner Fraktion zukommt, nicht beansprucht, sondern erkläre, daß er später zu sprechen gedenke.

Abg. Speck: Herr Speck hat die Stelle in der Reichsliste, die ihm nach der Stärke seiner Fraktion zukommt, nicht beansprucht, sondern erkläre, daß er später zu sprechen gedenke.

Abg. Speck: Herr Speck hat die Stelle in der Reichsliste, die ihm nach der Stärke seiner Fraktion zukommt, nicht beansprucht, sondern erkläre, daß er später zu sprechen gedenke.

Abg. Speck: Herr Speck hat die Stelle in der Reichsliste, die ihm nach der Stärke seiner Fraktion zukommt, nicht beansprucht, sondern erkläre, daß er später zu sprechen gedenke.

Abg. Speck: Herr Speck hat die Stelle in der Reichsliste, die ihm nach der Stärke seiner Fraktion zukommt, nicht beansprucht, sondern erkläre, daß er später zu sprechen gedenke.

Abg. Speck: Herr Speck hat die Stelle in der Reichsliste, die ihm nach der Stärke seiner Fraktion zukommt, nicht beansprucht, sondern erkläre, daß er später zu sprechen gedenke.

Abg. Speck: Herr Speck hat die Stelle in der Reichsliste, die ihm nach der Stärke seiner Fraktion zukommt, nicht beansprucht, sondern erkläre, daß er später zu sprechen gedenke.

Abg. Speck: Herr Speck hat die Stelle in der Reichsliste, die ihm nach der Stärke seiner Fraktion zukommt, nicht beansprucht, sondern erkläre, daß er später zu sprechen gedenke.

Korrumpion! Herr Speck hat bemerkt, daß die Herren des Reichstags die Stelle in der Reichsliste, die ihm nach der Stärke seiner Fraktion zukommt, nicht beansprucht, sondern erkläre, daß er später zu sprechen gedenke.

Abg. Speck: Herr Speck hat die Stelle in der Reichsliste, die ihm nach der Stärke seiner Fraktion zukommt, nicht beansprucht, sondern erkläre, daß er später zu sprechen gedenke.

Abg. Speck: Herr Speck hat die Stelle in der Reichsliste, die ihm nach der Stärke seiner Fraktion zukommt, nicht beansprucht, sondern erkläre, daß er später zu sprechen gedenke.

Briefkasten

N. M. 34, Königshütte. 1. Krankenlistenbeiträge werden niemals zurückgezahlt. 2. Wenn wegen Teilzahlungen müssen Sie sich Gehalt an das Amtsgericht machen. H. T., Ober-Sermdorf. Krankenkasse Hofnung in Berlin, I. Universitätsplatz 16. G. R. 25. H. Spitz in Leipzig, Eiserstrasse. S. G. 14. 1. Witten im Vierteljahr darf der Wirt die Miete nicht erhöhen. Der Mieter ist nicht verpflichtet, den höheren Betrag zu zahlen. 2. Wir empfehlen Ihnen, die volle Miete zu zahlen, damit unnötige Streitigkeiten vermieden werden. Am besten ist es, Sie ziehen aus. W., Wassergasse. Kaufboten müssen christlich sein. Bis zu welchem Alter Kinder erlaubt sein müssen, ist nirgends gesagt; ein bestimmtes Alter ist nicht vorgeschrieben. G. G. Die Wohnung muß Sonnabend, den 1. April, Abends, geräumt sein.

S., Rappeltstrasse. 1. Sie müssen sich im Magistrats-Bureau 1a auf dem Ritterplatz ein Antragsformular besorgen und dann auf das Amtsgericht gehen in die Anmeldebehörde, wo der Gerichtsschreiber das Gehalt um Bewilligung des Antrags für den Betrag aufnehmen muß. 2. Kosten entstehen Ihnen nicht. B. u. 4. Wegen der Pfandfinder wenden Sie sich ebenfalls an die städt. Armenverwaltung auf dem Ritterplatz. T. 86. 1. Ein Mitglied des Theater-Vereins nur vor Vereinstatistikern und eingeladenen Gästen, so braucht er keine Erlaubnis. 2. Ja, diese Bestimmungen bestehen nur für öffentliche Vorstellungen. 3. Nein. 4. Ein Schutzmann darf nicht ohne weiteres in eine geschlossene Gesellschaft eindringen.

L. Canth. 1. Der Antrag auf Teilzahlung kann beim dortigen Magistrat mündlich oder schriftlich gestellt werden. 2. Mit das Mädchen gemietet worden, so kann es die „Herrschaft“, wenn die Zeit des Dienstvertrages gekommen ist, nicht ohne weiteres zurückgeben. Es geht, so ist das Mädchen zu entschädigen, falls es keine andere Stellung findet. Auch müssen Sie sich dann an die Polizei wenden. 3. Wenn das Mädchen keinen Lohn, so brauchen auch keine Marken gestellt werden. C. 3. 120. 1. Der Wirt hat Ihnen über die Personen, die in Ihre Wohnung kommen, keine Vorschriften zu machen. 2. Ja. 3. Im Hausflur haben die Sachen nicht zu stehen, sondern in der Wohnung. Der Wirt kann verlangen, daß die Sachen aus dem Flur entfernt werden. H., Gutsdorf. 1. Wegen geringer Streitigkeiten darf der Vater seinen Sohn nicht erben. 2. Der Vater haftet nicht für die Schulden seiner minderjährigen Kinder. 3. Epicurum war ein griechischer Philosoph, dessen Lebensanschauung kein höheres Ziel kennt, als den freien Genuss. S., Kolmar. Schreiben Sie an den Verlag des „Grundbüchermittel für das deutsche Reich“ in Berlin, der Ihnen das Nähere mitteilen wird.

H. M. 202. 1. Sie müssen die Sache einem Rechtsanwalt übergeben, der auch Notar ist. 2. Das Urteil ist nicht verjährt.

Rechnungen der städtischen Markt-Rotations-Kommission. Dresden, den 27. März.

	Pro 100 Allogramm		
	gute	mittlere	geringe Sorte
Seiten, mitterl.	19 10	18 10	17 10
Seiten, geb.	19 10	18 10	17 10
Seiten, ger.	14 10	15 10	14 10
Seiten, mitterl.	17 10	16 10	15 10
Seiten, geb.	14 10	15 10	14 10
Seiten, ger.	15 10	14 10	13 10
Seiten, mitterl.	14 10	13 10	12 10
Seiten, geb.	14 10	13 10	12 10
Seiten, ger.	14 10	13 10	12 10
Seiten, mitterl.	14 10	13 10	12 10
Seiten, geb.	14 10	13 10	12 10
Seiten, ger.	14 10	13 10	12 10

Seiten mit 100 Bgr. 6.40-6.80 M. Seiten mit 100 Bgr. 4.20-4.60 M. Seiten mit 100 Bgr. 2.70-3.10 M.

Bekanntmachung.

Eines P. T. Publikum zur Kenntnis, dass vom 1. Februar cr. ab die Posten von

500

Konfirmanden-, Herren- und Damen-Uhren mit Ja. Werken und reeller Garantie zu bedeutend herabgesetzten Preisen zum Verkauf stehen. Ferner ein großer Posten Uhrketten, Armbänder, Uhren, Brochen, Armbränder, Kollert, Ohrringe, Manschettenknöpfe, Regulatorien, Freischwinger, Wecker etc.

Konkurrenzlos billige Preise.

Trauertinge, jugenlos, nach Wunsch.

Uhren- und Goldwaren-Haus

Carl Alter

Grabschneerstr. 4, 2. Haus vom Sonnenplatz.

